



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

14. Wahlperiode

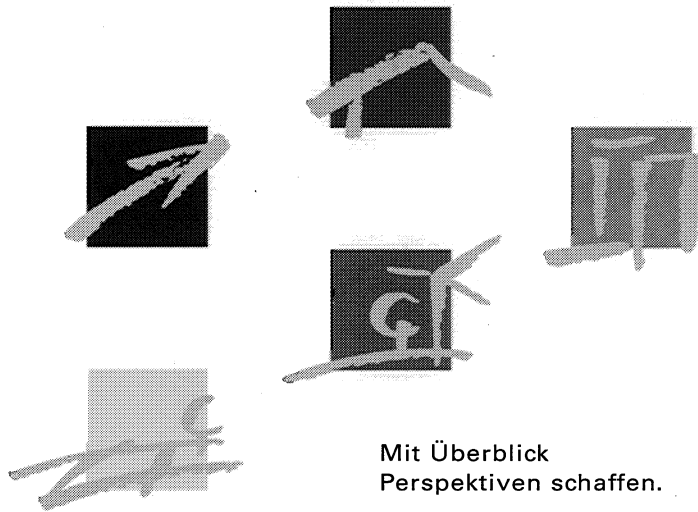
Drucksache **14/2198**

28. 05. 99

Bericht

der Investitionsbank 1998

Drucksache 14/2198



Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

Aufgabe

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut und Dienstleister zur Unterstützung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Schleswig-Holstein. Mit ihrem Fachwissen hilft sie den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Kommunen, den für sie richtigen Weg bei Finanzierungsfragen zu gehen. Mit Überblick Perspektiven schaffen – das ist das Ziel der Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Produkt- und Dienstleistungsangebot

- Wirtschaftsförderung
- Wohnungsbauförderung
- Umwelt- und Energieprojekte und -förderung
- Kommunalförderung und Städtebau
- Agrarförderung
- Projektmanagement für Land und Kommunen

Rechtsform

Organisatorisch und wirtschaftlich ist sie ein selbständiger, rechtlich ein unselbständiger Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale.

Eckdaten	1995	1996	1997	1998
Bilanzsumme in Mrd. DM	9,1	9,3	9,5	9,8
Geschäftsvolumen in Mrd. DM*	10,4	10,5	10,6	10,9
Betriebsergebnis in Mio. DM	30,4	35,9	33,1	32,4
Bilanzgewinn in Mio. DM	1,2	2,7	22,5	66,3

* Bilanzsumme + Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen plus unwiderrufliche Kreditzusagen

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist bürgernah vor Ort



Inhalt

Vorwort des Ministers für Finanzen und Energie	4
Vorwort der Geschäftsleitung	8
Lagebericht	12
Highlights 1998	16
Projektmanagement	18
Wirtschaftsförderung	22
Wohnungsbauförderung	36
Kommunalförderung und Städtebau	44
Umwelt und Energie	52
Agrarförderung	60
EU-Aktivitäten	64
Fortbildungsförderung	70
EXPO 2000	72
Gremien und ihre Mitglieder	80
Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung 1998	84
Anhang Investitionsbank	88
Organe der Landesbank Schleswig-Holstein	94
Organisationsübersicht	99
Förderprogramme im Überblick	100



Der Minister für Finanzen und Energie zum Investitionsbankbericht 1998

Mit der Gründung der Investitionsbank Schleswig-Holstein an der Seite der Landesbank wollte die Landesregierung die Abwicklung der Förderung – soweit wirtschaftlich vorteilhaft – in einer Institution bündeln, um Synergien und Kostenvorteile zu nutzen und um Verwaltungskosten zu minimieren. Zugleich war es das Ziel, die Fördermöglichkeiten transparenter zu machen.

Die Entwicklung der Investitionsbank hat eindrucksvoll bestätigt, daß diese Entscheidung richtig war. Die behördliche Verwaltungstätigkeit wird mit der Investitionsbank zu einer kundenorientierten Dienstleistung umgewandelt. Darüber hinaus wird durch die Einbindung in ein kaufmännisches Umfeld und die Bündelung von Synergien eine optimale Kostenkontrolle und damit ein sparsamer Umgang mit öffentlichen Mitteln erreicht. Gemeinsames Ziel vom Land und der Investitionsbank ist es, daß von der Fördermark möglichst viel beim Fördernehmer ankommen soll.

Die Landesregierung wird ihre Bemühungen zur Modernisierung des öffentlichen Sektors konsequent fortsetzen, dazu gehört, daß alle Aufgaben kritisch überprüft, überholte Organisationsstrukturen verändert oder ersetzt, die Arbeitsmethoden und das Selbstverständnis modernisiert und das Ergebnis- und Kostendenken überall verankert wird.

Vor diesem Hintergrund wird die Investitionsbank noch in 1999 einen wesentlichen Teil der Landesliegenschaften übernehmen und hierfür ein neues Zweckvermögen und ein professionelles Portfoliomanagement einrichten. Weiterhin werden das Land und die Investitionsbank zum 1. Juli 1999 ein Gebäudemangement Schleswig-Holstein (GMSH) gründen.

Zu den Aufgaben der GMSH gehören neben den bisher in der Landesbauverwaltung wahrgenommenen Aufgaben: Bauherr, Bauplanung und Bau durchführung auch der Bereich der Gebäudebewirtschaftung (Hausmeister, Reinigungsdienste, Pflege der Außenanlagen, Ver- und Entsorgung, Betriebsführung, Wartung u. ä.). Die GMSH hat interessante Entwicklungsmöglichkeiten. So wird sie auch den Komplex Beschaffung vom Land übernehmen. Zudem könnte sie z. B. vergleichbar der Situation bei den Straßenbauämtern, ebenfalls Aufgaben einer kommunalen Bauverwaltung übernehmen.

Da die Landesbehörden zukünftig marktgerechte Mieten und Bewirtschaftungskosten zahlen müssen, wird damit ein Anreiz zur Kostenminimierung in den Bereichen Miete (durch Flächenreduzierung), Bewirtschaftung und Ver- und Entsorgung geschaffen.

Im Bereich Wirtschaftsförderung blickt die Investitionsbank auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 1998 zurück. Ihre Aufgabe als zentrales Förderinstitut für die schleswig-holsteinische Wirtschaft hat sie damit erneut unter Beweis gestellt. Das zeigt sich insbesondere in der nochmaligen ausgeprägten Ausweitung des Kreditgeschäfts (+ 38 %) auf einen neuen Höchststand. Durch die Mitfinanzierung insbesondere von Unternehmenswachstum leistete die Investitionsbank einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (+ 19 %).

Hervorzuheben ist ferner das erheblich gestiegene Bewilligungsvolumen für die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Hier konnten durch Zuschüsse weit über 1.000 Arbeitsplätze in 22 Unternehmen geschaffen werden.

Auch im immer wichtiger werdenden Bereich der Ausstattung schleswig-holsteinischer Unternehmen mit Eigenkapital setzte die Investitionsbank deutliche Akzente. Zum einen konnte die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) mit einem Beteiligungskapital von 17 Mio. DM ihre erfolgreiche Tätigkeit weiterführen und ausbauen.

Daneben wurde unter Federführung der Investitionsbank 1998 der „Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg“ gebildet, der Venture Capital in Höhe von bis zu 100 Mio. DM und Management-Know-how für junge Technologieunternehmen zur Verfügung gestellt.

Mit einem Programmvolumen von 232 Mio. DM hat das Land durch die Investitionsbank 1998 insgesamt 3.618 Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen sowohl im Neubau als auch im Bestand gefördert. Gegenüber den Förderungszahlen vorangegangener Jahre stellt dies zwar einen deutlichen Rückgang dar, andererseits zeigt es aber, daß es gelungen ist, die Wohnungsbauförderung auf angemessenem Niveau zu verstetigen. Eine solche Verstetigung der Wohnungsbauförderung erscheint vor dem Hintergrund einer wieder anziehenden Wohnungsnachfrage und zur Vermeidung zukünftiger Engpässe auf dem Wohnungsmarkt geboten. Die Landesregierung hat daher für 1999 und 2000 auch wieder ein Landeswohnungsbauprogramm aufgelegt, welches die Förderung von insgesamt rund 6.800 Wohnungen ermöglicht.

Das Wohnungsbauprogramm des Landes wird dabei durch weitere Förderungsprodukte der Investitionsbank ergänzt. Unter Einbindung der Eigenheimzulage können mit diesen nachrangigen Darlehen eine schnellere Entschuldung bzw. eine Absenkung der monatlichen Belastung erreicht werden. Das Bewilligungsvolumen betrug 1998 236 Mio. DM und hatte somit den gleichen Umfang wie das eigentliche Landeswohnungsbauprogramm, obgleich die Fördermittel des Landes für die Darlehensnehmer wegen der deutlich besseren Konditionen mit einem höheren Subventionsvorteil verbunden sind. Darüber hinaus ist es in der Investitionsbank 1998 gelungen, eine Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau

(KfW) derart auf den Weg zu bringen, daß in der Wohneigentumsförderung Finanzierungsprodukte der Investitionsbank mit solchen der KfW kombiniert werden, wodurch Förderungsmittel des Bundes für den Standort Schleswig-Holstein gesichert werden.

Die Städtebauförderung wurde auch 1998 nach dem starken Einbruch der Mittelzuweisung des Bundes im Jahre 1993 auf einem reduzierten Niveau von knapp 12 Mio. DM fortgesetzt.

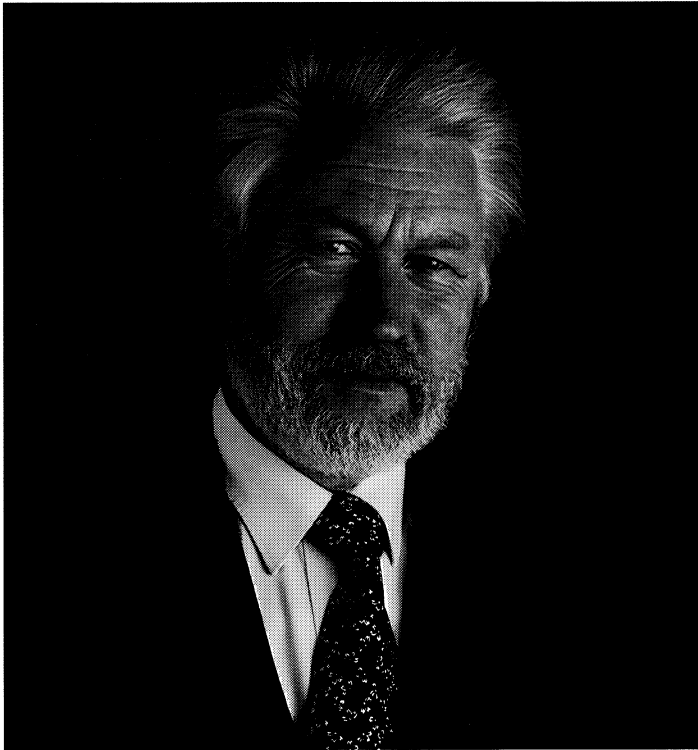
Angesichts der städtebaulichen Aufgaben der schleswig-holsteinischen Kommunen und der vielfach nachgewiesenen besonderen strukturpolitischen Bedeutung und der Beschäftigungseffekte der Städtebauförderung legte das Land Schleswig-Holstein ein eigenes ergänzendes Landesprogramm für den Zeitraum 1998 bis 2002 mit einem Förder volumen von insgesamt DM 37,5 Mio. auf.

Mit Hilfe des Landesprogramms werden die seit dem Programmjahr 1994 geltenden Oberziele der Städtebauförderung, nämlich die Entwicklung differenzierter innerstädtischer Wohnungsangebote einschließlich der Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der Nutzungsmischung im Städtebau sowie der Verbesserung der Standortbedingungen für Handel, Dienstleistungen und Gewerbe zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, verstärkt und fortgeschrieben.

Dabei sollen auch beispielhafte Ansätze zur Entwicklung kommunaler Strategien für eine zukunftsbeständige, nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne des nationalen Aktionsplans vom Deutschen Nationalkomitee HABITAT II vorbereitet und umgesetzt werden.

Der Kommunale Investitionsfonds hat sich 1998 für die Kommunen des Landes Schleswig-Holstein wiederum als dauerhaft verlässliches Finanzierungsinstrument erwiesen. So konnte das Gesamtvolumen der bereitgestellten zinsgünstigen Darlehen gegenüber dem Vorjahr um rd. 30 Mio. DM auf erstmals 161 Mio. DM gesteigert werden und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur im Lande leisten.

Darüber hinaus werden wir durch die innovative Weiterentwicklung der Investitionsbank vom abwickelnden Förderinstitut zum flexiblen „Problemlöser“ die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein weiter verbessern und damit ein solides Fundament für die zukünftigen Herausforderungen schaffen.



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Claus Möller'.

Claus Möller

Der Minister für
Finanzen und Energie
des Landes
Schleswig-Holstein

Vorwort der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

das Geschäftsjahr 1998 verlief für die Investitionsbank wieder sehr erfolgreich. Wir konnten unsere Position als Strukturbank und effizienter Dienstleister festigen und weiter ausbauen.

Die Investitionsbank ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein. Sie ist ein wirtschaftlich und organisatorisch selbständiger Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein. Die Investitionsbank nimmt ihre strukturpolitischen Aufgaben in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt- und Energieförderung, Kommunalförderung und Städtebau sowie Agrarförderung wahr. Darüber hinaus bietet sie ihren öffentlichen Kunden unterschiedliche Dienstleistungen zur effizienten Lösung von komplexen Problemen an. Hierzu zählt u. a. das Projektmanagement, das den Kommunen und dem Land bei der Projektierung und individuellen Finanzierung von Großprojekten zur Seite steht.

Neben den klassischen kreditorientierten Förderangeboten der Investitionsbank gewinnen auch zunehmend die Dienstleistungsangebote an Bedeutung.

Mit rund 1.650 durchgeführten Beratungen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer hat sich die IB 1998 als Kompetenzzentrum für Existenzgründungen weiter etabliert.

Mit dem Aufbau eines professionellen Portfoliomanagements für den 1999 vom Land zu übernehmenden Immobilienbestand und die intensive Begleitung dieses Projektes unterstützen wir das Land bei der Umsetzung dieses Vorhabens.

Durch die Bündelung aller in der Zusammenarbeit mit der EU durchgeführten Förderaktivitäten in einer eigenständigen Organisationseinheit und die Intensivierung der Beratungstätigkeit im Euro Info Centre haben wir uns auf die wachsende Bedeutung regionaler Förderaktivitäten der EU eingestellt.

Der Mitte 1998 unter der Federführung der Investitionsbank ins Leben gerufene und mit 100 Mio. DM dotierte Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg und das maßgeblich in unserem Haus entwickelte Modell der vereinbarten Förderung im Wohnungsbau, das 1998 mit einem bundesweiten Innovationspreis ausgezeichnet wurde, unterstreichen eindrucksvoll die Innovationsfähigkeit und Kreativität der Investitionsbank.

Der weiteren Verbesserung des Dienstleistungsangebotes diene insbesondere aber auch der 1998 vollzogene Ausbau unserer regionalen Präsenz an nunmehr 13 Standorten in ganz Schleswig-Holstein. Mit diesem verbreiterten Angebot stehen wir unseren Kunden landesweit vor Ort auf kurzen Wegen zur Verfügung.

Zusätzlichen Kundenservice bieten wir über unseren Internetauftritt (www.ibank-sh.de) und die kostenlose telefonische „Förder-Hotline“ (Tel. 01 30-75 18 85).

Auf dem Weg vom reinen abwicklungsorientierten Institut zur Förder- und Strukturbank hat die Frage der Kundenorientierung für die IB zunehmend an Bedeutung gewonnen. Vor diesem Hintergrund haben wir 1998 eine Kundenbefragung durchgeführt, um erstmalig Informationen über den Grad der Zufriedenheit unserer Kunden zu erhalten. Das Ergebnis der Befragung hat insgesamt ein sehr positives Urteil unserer Kunden ergeben. Die Aufzeigung von Schwachstellen wurden umgehend genutzt, um mit entsprechenden Maßnahmen die Qualität unserer Leistungen zielgerichtet noch zu verbessern.

Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Nachdem wir 1998 den Ausbau unserer regionalen Präsenz an nunmehr 13 Standorten in Schleswig-Holstein abgeschlossen haben, stehen wir unseren Kunden landesweit vor Ort auf kurzen Wegen zur Verfügung. Um dabei eine kompetente Beratung zu gewährleisten und auszubauen, haben wir weitergehende Produktschulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten.



Gleichzeitig erfordern wandelnde Aufgaben und geänderte rechtliche Rahmenbedingungen eine ständige Aktualisierung des Wissens und der Kenntnisse. So haben wir für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlreiche Fachseminare, beispielsweise hinsichtlich des neuen Insolvenzrechts, der sechsten KWG-Novelle durchgeführt.

Auch die Führungskräfte wurden weitergehend durch Seminare zum Thema „Problemlösung und Entscheidungsfindung“ und zum Projektmanagement qualifiziert.

Vertriebs- und Prozeßoptimierung

In Zusammenarbeit mit unseren Beratungszentren und -büros haben wir den Vertrieb der Förderprodukte intensiviert und optimiert. Gleichzeitig wurde der Kreditbearbeitungsprozeß hinsichtlich der Effizienz und der Verfahrensdauer verbessert. Dies konnten wir durch flachere Hierarchien sowie die Übertragung von erhöhter Kompetenz und Verantwortung auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen.

Altersteilzeit

1998 hat auch die Investitionsbank erstmals Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab dem 55. Lebensjahr die Möglichkeit der Arbeitszeitreduzierung angeboten. Diese Flexibilisierung der Arbeitszeit eröffnet einen gleitenden Übergang in den Ruhestand und schafft neue Arbeitsplätze.

Karriere-Entwicklungs-Seminar (KESS)

Wir verstehen Führung nicht nur als Verantwortung für nachgeordnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch als Anspruch an unser Expertenwissen.

Um diesen Bestrebungen auch bei der Potentialeinschätzung von Fach- und Führungskräften im eigenen Hause Rechnung zu tragen, haben wir KESS 1998 erstmals anstelle des bisherigen Assessment-Center-Verfahrens eingesetzt.

Flexiblere Arbeitszeiten schaffen mehr Selbstverantwortung und berufliche Perspektiven

Mit einer Dienstzeitvereinbarung und einem „mobilZeit“-Konzept hat auch die Investitionsbank 1998 weitere Schritte hin zu flexibleren Arbeitszeiten unternommen. Die neue Dienstzeitvereinbarung sieht statt starrer Kernarbeitszeiten Funktionszeiten vor, die in den einzelnen Organisationseinheiten selbstverantwortlich individuell abgestimmt werden. Die vertragliche Arbeitszeit ist innerhalb von sechs Monaten zu erbringen. In diesem Zeitraum wird das Arbeitszeitkonto wie ein Girokonto geführt.

„mobilZeit“ erfaßt jede Form der Arbeitszeitregelung, die unterhalb der tariflichen Arbeitszeit liegt und flexibel über das Jahr erbracht werden kann. Dabei haben wir insbesondere die Teilbarkeit von Fach- und Führungsaufgaben im Blick. Hier eröffnen sich vor allem Frauen, die größere berufliche Verantwortung mit ihrer Familie verbinden wollen, neue Perspektiven. Damit dient unser „mobilZeit“-Konzept auch als ein Instrument aktiver Frauenförderung.

Leistungs- und ergebnisorientierte Vergütung durch Zielvereinbarung

Das Zielvereinbarungssystem, ein neues Instrument der Personalführung für den außertariflichen Bereich, wurde 1998 weiter verfeinert. Das System ist auch Grundlage für die Bemessung der Gratifikationen, verbessert über größere Transparenz die Steuerung der Bankziele und erhöht zugleich die Eigenverantwortung der einzelnen Fach- und Führungskraft.

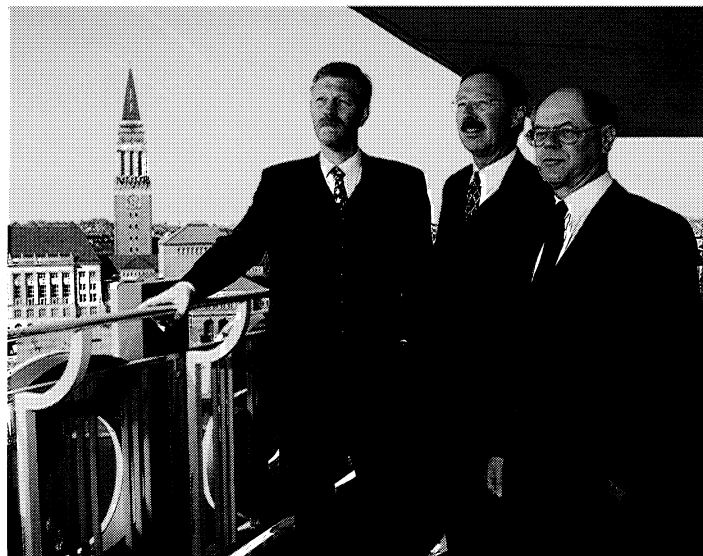
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durch ihr Engagement und ihre Kreativität die weitere Entwicklung der Investitionsbank zu einer kundenorientierten und leistungsfähigen Strukturbank ermöglicht. Hierfür sprechen wir ihnen unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Unser Dank gilt auch dem Personalrat für die sachorientierte und kooperative Zusammenarbeit.

So positioniert halten wir die Investitionsbank für gut gerüstet, auch in Zukunft ihre Aufgaben als zentrales Förderinstitut und kompetenter Dienstleister für das Land und die Menschen in Schleswig-Holstein mit hoher Qualität erfüllen zu können.

Dr. Rüdiger Kalinski

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave



von links nach rechts:
Dr. Rüdiger Kalinski, Dr. Klaus Rave, Dr. Heinz Engelhaupt

Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung

Fördervolumen

Das Fördervolumen der Investitionsbank hat 1998 erstmalig die Milliardengrenze überschritten (1.004 Mio. DM). Damit liegt das Förderergebnis deutlich über dem Vorjahreswert von 820 Mio. DM.

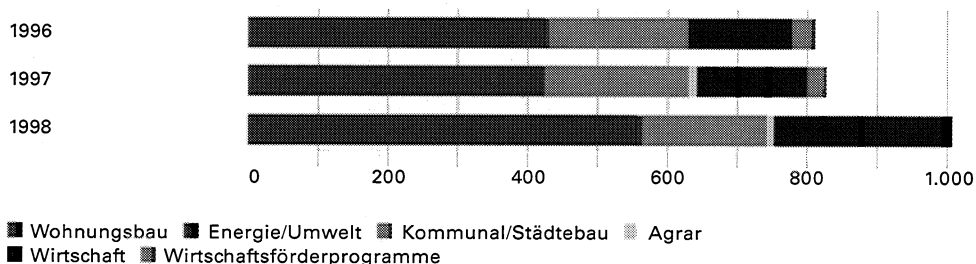
Mehr als die Hälfte des Fördervolumens entfällt auf die Aktivitäten der Wohnungsbauförderung. Auch in der Wirtschaftsförderung konnte das Bewilligungsvolumen erheblich gesteigert werden.

Bilanz

Die Bilanzsumme der Investitionsbank erhöhte sich im Jahr 1998 auf 9,8 (Vj. 9,5) Mrd. DM. Das gesamte Geschäftsvolumen einschließlich der Eventualverbindlichkeiten stieg auf 10,9 (Vj. 10,6) Mrd. DM an. Der Jahresüberschuß beträgt nach der Auflösung von stillen Reserven aus dem Fonds für Zinsausgleich in Höhe von 43 Mio. DM insgesamt 66,3 (Vj. 22,2) Mio. DM. Davon werden 18,7 Mio. DM zweckgebunden dem Wohnungsbauvermögen und 0,1 Mio. DM der Gewinnrücklage des Zweckvermögens IB zugeführt. Der verbleibende Rest in Höhe von 47,5 Mio. DM wird an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet.

Neugeschäftsentwicklung

Fördervolumen je Förderbereich und Jahr (in Mio.)



Gewinn- und Verlustrechnung

In 1998 ist das Zins- und Provisionsergebnis leicht auf 68,9 (Vj. 71,3) Mio. DM gesunken. Gleichzeitig stiegen die sonstigen betrieblichen Erträge von 23,8 Mio. DM auf 26,1 Mio. DM an. Der darin enthaltene Zinszuschuß des Landes für den öffentlichen Wohnungsbau blieb im wesentlichen unverändert (14,8 Mio. DM). Darüber hinaus wurde dem Zweckvermögen Wohnungsbau zusätzlich 6,7 Mio. DM Zinszuschuß aus dem Zweckvermögen IB zugeführt.

Der Personal- und Sachaufwand ist leicht von 59,1 Mio. DM auf 59,2 Mio. DM angestiegen. Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis der Investitionsbank 1998 vor Risikovorsorge 32,7 (Vj. 33,1) Mio. DM.

Im Rahmen des kontinuierlichen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsprozesses ist 1998 der Personalaufwand um 1,8 Mio. DM gesunken. Diese Tendenz wird im Zuge der Geschäftsausweitung und dem damit verbundenen Personalbedarf nicht weiter anhalten.

Der Sachaufwand stieg auch aufgrund der notwendigen Vorlaufinvestitionen für die Übernahme der Landesliegenschaften von 26,8 Mio. DM auf 28,6 Mio. DM in 1998.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung der Investitionsbank für die Jahre 1996 bis 1998			
in Mio. DM	1996	1997	1998
Zinsüberschuß	60,2	59,9	59,0
Provisionsüberschuß	11,4	11,4	9,9
sonst. betr. Erträge/Aufwendungen	22,5	20,9	22,7
Erträge	94,1	92,2	91,6
Personalkosten	-26,0	-26,4	-24,5
Sozialaufwendungen	-9,1	-5,9	-6,0
Verwaltungsaufwand IB	-23,0	-26,8	-17,8
sonstiger Aufwand			-10,8
Aufwendungen	-58,1	-59,1	-59,2
Ergebnis vor Bewertung	35,9	33,1	32,4
Risikovorsorge/Bewertung	-33,2	-10,6	33,9
Ergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	2,7	22,5	66,3

Risikobericht

Im Geschäftsjahr 1998 hatte die Investitionsbank keine besonderen Ausfälle zu verzeichnen. Insgesamt flossen 14,8 (Vj. 11) Mio. DM in die Risikovorsorge.

Das Adressenausfallrisiko im Privatkundenbereich ist aufgrund der breiten Streuung, der durchschnittlichen Kredithöhe und der langjährigen Bestandsentwicklung deutlich begrenzt. Das Risikopotential im Geschäftskundenbereich ist in der Wohnungsbauförderung im wesentlichen durch die überwiegend gute Bonität der Wohnungsbaugesellschaften geprägt. Aufgrund der langfristigen Entwicklungskontinuität dieser Branche sind auch in absehbarer Zukunft keine gravierenden Änderungen zu erwarten.

Dem Ausfallrisiko in der Wirtschaftsförderung wird durch eine individuelle Einzelfallbetrachtung Rechnung getragen. Die zukünftige Risikoentwicklung in diesem Kreditportefeuille wird daher wesentlich vom Grad der Risikomischung bestimmt.

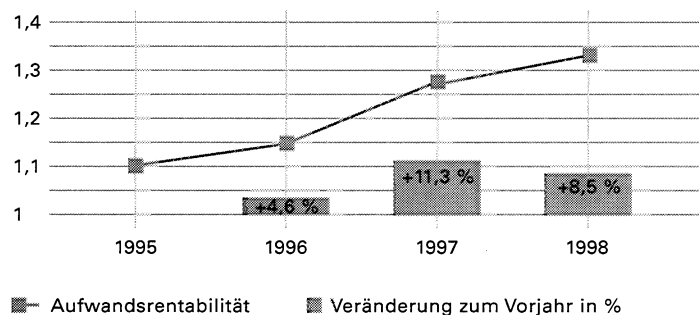
Nennenswerte Zinsänderungsrisiken bestehen nicht, sie werden durch eine fristenkongruente Refinanzierung der Investitionsbank begrenzt. Handelsgeschäfte mit Wertpapieren betreibt die Investitionsbank nicht.

Den Risiken im laufenden Geschäftsbetrieb begegnet die Investitionsbank 1999 insbesondere durch technische Infrastruktur- und organisatorische Qualitätssicherungsmaßnahmen. Es sind eine Reihe von Betriebsaktivitäten im Hinblick auf einen sicheren Jahrtausendwechsel eingeleitet worden. Zusätzliche personelle und technische Sicherungsmaßnahmen sowie ausgearbeitete betriebliche Notfallpläne reduzieren dieses potentielle Betriebsrisiko deutlich.

Rentabilität und Produktivität

Die in 1995 eingeleiteten Maßnahmen zur Produktivitätsverbesserung hatten bereits im Geschäftsjahr 1996 zu einem positiven Anstieg der Rentabilität um 4,6 % geführt. Diese Entwicklung konnte in 1997 beschleunigt werden (+11,3 %), und dieser Trend setzte sich auch im Jahr 1998 mit einem deutlichen Plus von 8,5 % fort.

Entwicklung der Aufwandsrentabilität*



*Aufwandsrentabilität = Nettoertrag bei 1,- DM Mitteleinsatz

Ausblick


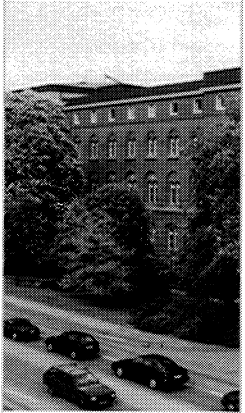

Analog zur Geschäftsentwicklung des Jahres 1998 erwarten wir eine weitere Volumenausweitung sowohl in der Wohnungsbau- als auch in der Wirtschaftsförderung, wobei der Anteil der haushaltsunabhängigen Förderprodukte eine zunehmend wichtigere Rolle spielen wird.




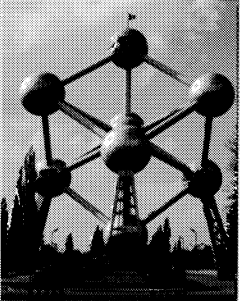
Der Darlehensbestand im Förderbereich Agrar ist aufgrund des fehlenden Neugeschäftes leicht rückläufig. Die Entwicklung der Kommunalförderung wird getragen durch die aktive Verwaltung des Kommunalen Investitionsfonds (KIF), dessen Aufgabenspektrum bedarfsgerecht auszugestalten sein wird.

Die internen Aktivitäten der IB werden 1999 auf die Intensivierung der regionalen Präsenz und im Zusammenhang mit der Übertragung von Landesliegenschaften auf den Ausbau des neuen Geschäftsfeldes Immobilienmanagement gerichtet sein.

Da die Maßnahmen zur Kostenreduzierung und damit zur Produktivitätssteigerung nunmehr auf hohem Niveau weitgehend ausgeschöpft sind und sich durch die Geschäftsausrichtung für 1999 Investitionen in Personal- und anderen Ressourcen ergeben, wird die Steigerung der Produktivität 1999 geringer ausfallen.

Highlights 1998

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
				<p>5. Mai Junior-Landeswettbewerb Die IB ist Landeskoordinator und führt die Landesausscheidung „Bestes Miniunternehmen an Schulen“ in Kiel durch.</p> 	<p>9. Juni Die IB im Landtag Neue Dienstleistungsangebote der IB wie das Projektmanagement und die EU-Aktivitäten werden den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages präsentiert.</p> 
	<p>24. Februar Bilanzpressekonferenz Die Förderergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres und insbesondere neue Produkt- und Dienstleistungsangebote der IB werden der Öffentlichkeit vorgestellt.</p>		<p>Präsenz in der Region In vier regionalen Pressegesprächen werden die Förderergebnisse aus den Einzugsbereichen der Beratungszentren in Flensburg, Kiel, Lübeck und Norderstedt vorgestellt.</p>		<p>18. Juni FÄCTORIGS wird Bundessieger Das Miniunternehmen FÄCTORIGS aus Flensburg belegt den ersten Platz beim Junior-Bundeswettbewerb</p> 

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
<p>6. Juli Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg Auf Initiative der IB wird der Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg als Public-Private-Partnership ins Leben gerufen. Hiermit wird innovativen Unternehmen Risikokapital von insgesamt 100 Mio. DM zur Verfügung gestellt.</p>  <p>TECHNO NORD</p>  <p>Investitionsbank Schleswig-Holstein</p>  <p>Freie und Hansestadt Hamburg</p>	<p>—</p>	<p>4. September Büro Schwarzenbek Mit der Eröffnung des ersten regionalen Beratungsbüros in Schwarzenbek beginnt die Umsetzung der neuen regionalen Beratungsstellenkonzeption</p>	<p>Innovationspreis Das von der IB entwickelte Modell der „vereinbarten Förderung“ im Wohnungsbau wird mit einem bundesweiten Innovationspreis ausgezeichnet.</p> <p>Büro in Brüssel Die IB richtet ein Verbindungsbüro in Brüssel ein.</p> 	<p>9. November Landwirtschaftliche Rentenbank wird Kooperationspartner Erstmalig unterzeichnen die IB und die Landwirtschaftliche Rentenbank einen Kooperationsvertrag über 100 Mio. DM für kommunale Investitionen im ländlichen Raum.</p>	<p>16. Dezember 100 Mio. DM-Kooperationsvertrag Zum zweiten Mal unterzeichnen die IB und die Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Rahmenvertrag über 100 Mio. DM zur Refinanzierung des Kommunalen Investitionsfonds.</p>



Projekt- management

Überblick

Aufgabe des Projektmanagements ist es, dem Land und den Kommunen Schleswig-Holsteins das gebündelte betriebswirtschaftliche, förderspezifische und technische Know-how der Investitionsbank und ihrer Kooperationspartner für die Realisierung komplexer Projekte bereitzustellen.

Zentrale Fragestellung bei allen Projekten war die Effizienz des Einsatzes knapper werdender öffentlicher Mittel. Die Investitionsbank unterstützt somit Land und Kommunen dabei, Infrastruktur und Standortsicherung für Schleswig-Holstein auf hohem Niveau zu erhalten. In 1998 lag ein Schwerpunkt auf innovativen Vergabe- und Finanzierungsformen beim Neubau und der Sanierung öffentlicher Bauten. Einen zweiten Schwerpunkt bildeten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen im Zusammenhang mit „Public Private Partnership“. Von besonderer Bedeutung war hierbei 1998 die Einbeziehung von Privaten beim Aufbau, Betrieb und der Finanzierung der touristischen Infrastruktur.

Projektmanagement

Teilprivatisierung eines Kurbetriebs

Die Investitionsbank unterstützt eine Kommune des Landes bei der Teilprivatisierung ihres Kurbetriebes. Teile des Betriebes, einschließlich eines defizitären und sanierungsbedürftigen Schwimmbades, sollen an private Investoren übertragen werden, die gleichzeitig an benachbarten Grundstücken der Kommune zum Aufbau weiterer Hotelkapazitäten interessiert sind. Zielvorstellung ist, daß die zu übertragenen Lasten aus dem Kurbetrieb und der Wert der Grundstücke sich finanziell in etwa ausgleichen.

Die Investitionsbank begleitete die Kommune bei der Auswahl der Investoren, mit denen nähere Verhandlungen geführt wurden. Um der Kommune eine solide Grundlage für die Verhandlungen an die Hand zu geben, wurden die mit der Privatisierung verbundenen Haushaltseffekte vom Projektmanagement berechnet. In diesem Zusammenhang waren auch Auswirkungen der Privatisierung auf die öffentliche Förderung zu berücksichtigen.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Projektmanagement

Juergen Meereis
Tel. (04 31) 9 00-34 45

Werner Kaessens
Tel. (04 31) 9 00-34 65

Privatisierung eines Schwimmbades

Ein weiteres Projektvorhaben war die Übertragung eines defizitären und sanierungsbedürftigen Schwimmbades an einen privaten Investor. Dieser sollte die bislang konventionelle Schwimmhalle in ein attraktives „Erlebnisbad“ umbauen und für dessen Betrieb von der Kommune einen fixen jährlichen Zuschuß erhalten. Für die Kommune wäre somit Planungssicherheit gegeben; Chance und Risiko hätten beim Investor und Betreiber gelegen.

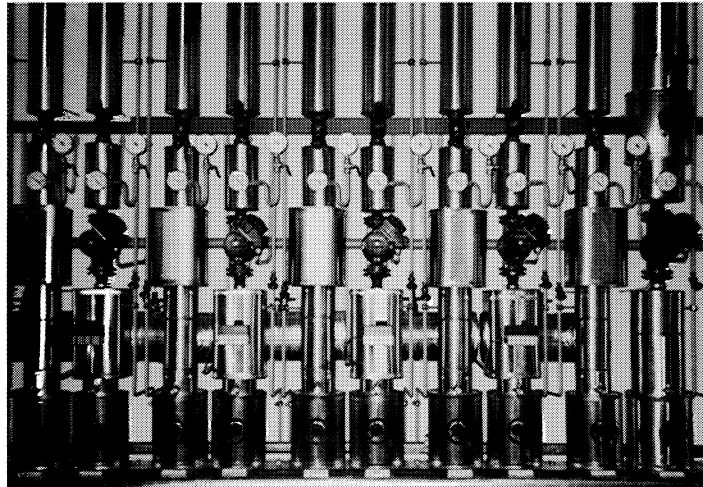
Die Berechnungen der Investitionsbank zeigten jedoch, daß die finanzielle Grundlage für einen dauerhaften Betrieb äußerst unsicher war. Das Vorhaben wurde daher in der ursprünglich geplanten Form nicht realisiert. Über die weitere Vorgehensweise hatte die Kommune bis Ende 1998 noch nicht entschieden.

Das Projekt verdeutlicht die Notwendigkeit einer sorgfältigen Einzelfallprüfung für den effizienten Einsatz öffentlicher Mittel im Rahmen des „Public Private Partnership“.

Schulsanierung

Die energietechnische Sanierung ihrer Schule hat sich eine dritte Kommune zum Ziel gesetzt. Alle erforderlichen Sanierungsleistungen einschließlich der Planung für einen Erweiterungsbau und die Finanzierung wurden mit Unterstützung der Investitionsbank nach der VOB als Komplettpaket ausgeschrieben. Der vom Bieter garantierte Festpreis, der zugesicherte Fertigstellungstermin und die Einbindung von Fördermitteln sorgten für Planungs- und Kostensicherheit bei der Gemeinde.

Im Jahr 1999 werden sich durch eine schnellere Realisierung von Energieeinsparungen als bei der klassischen Vorgehensweise weitere Wirtschaftlichkeitsvorteile ergeben. Mittels einer straffen Projektsteuerung durch den beauftragten Generalunternehmer wird der laufende Schulbetrieb nicht beeinträchtigt. Dieser zusätzliche Vorteil einer Komplettlösung der Investitionsbank kommt insbesondere kleineren und mittleren Kommunen zugute.



Die neue Fernwärmeheizung in Carl-Jacob-Burkhardt-Gymnasium in Lübeck

Kommunale informationstechnische (IT) Infrastruktur

Vertreter von Landesregierung, Kommunalen Landesverbänden und der Datenzentrale Schleswig-Holstein (DZ-SH) haben unter der Federführung der Investitionsbank (IB) ein Handlungskonzept entworfen, mit dessen Hilfe die kommunalen Verwaltungen ihre informationstechnische Infrastruktur auf den neuesten Stand bringen können. Mit der Umsetzung des Konzeptes sind die Investitionsbank und die DZ-SH beauftragt worden.

Das Konzept besteht aus folgenden Elementen:

- Einrichtung eines Investitionsfonds für Informationstechnik über 50 Mio. DM mit einer Laufzeit von fünf Jahren (Mitte 1999 bis Mitte 2004) bei der Investitionsbank; Zweck ist die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite für Kommunen (s. auch Seite 69).

- Entwicklung von kommunalen Mindeststandards für Informationstechnik zur besseren Verständigung und Weiterverarbeitung von Informationen zwischen den einzelnen Gemeinden.
- Erarbeitung von Konzepten für den Aufbau von standardisierten Informationssystemen einschließlich Internet- und Intranetnutzung (z. B. schnelle Informationen für Bürgerinnen und Bürger, für die ehrenamtlich Tätigen und für Mitarbeiter/-innen in den Verwaltungen).

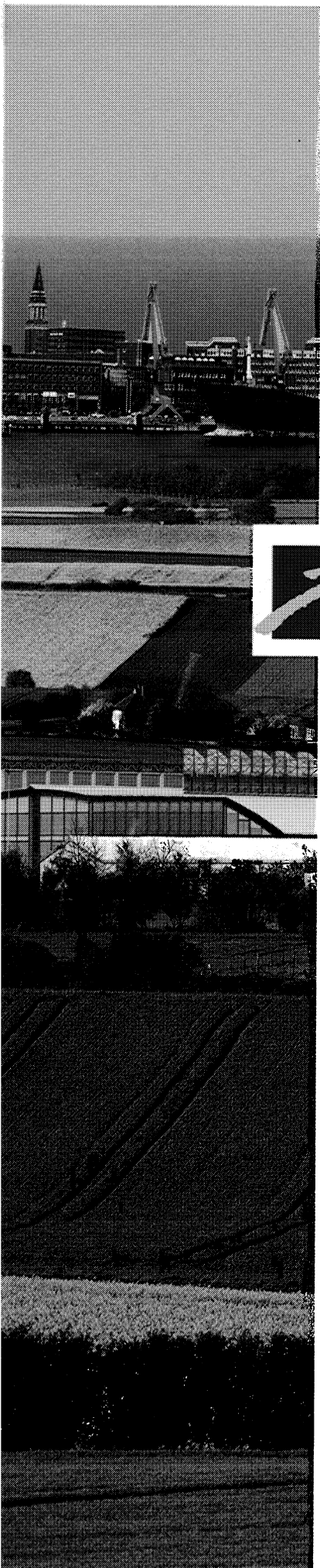
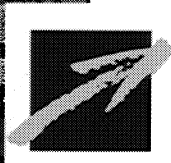
Durch die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Förderinstitut und informationstechnischem Kompetenzzentrum sowie staatlichen und kommunalen Stellen wird die Infrastruktur im Lande wirksam verbessert.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich IT Infrastruktur

Rolf Jensen
Tel. (04 31) 900-35 60

Dr. Heike Kruse
Tel. (04 31) 900-34 45

Wirtschafts- förderung



Überblick

Der Service-Bereich „Förderberatung Wirtschaft“ mit den Aufgabenfeldern Förderlotse, Beratungsstelle für Existenzgründerinnen und Euro Info Centre hat 1998 im zweiten Jahr seines Bestehens seine Tätigkeit deutlich ausgeweitet. Das Euro Info Centre ist ab 1. Februar 1999 Teil der neuen Einheit „EU-Förderung/ Euro Info Centre“ und wird deshalb schon in diesem Bericht im Zusammenhang mit unseren weiteren EU-Aktivitäten dargestellt.

Die Förderlotsen und die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen haben in 2.482 Beratungsgesprächen bzw. durch individuelle schriftliche Antworten insgesamt 1.648 (Vj. 1.449) Gründungsinteressierte und 595 (Vj. 414) bestehende Unternehmen insbesondere über Fragen der Finanzierung und Förderung beraten. Sie haben ihren Service auch bei insgesamt 41 (Vj. 26) Veranstaltungen in ganz Schleswig-Holstein angeboten. Insgesamt ist diese Förderberatung für den Bereich der Wirtschaft eine untrennbar mit der Funktion der Investitionsbank als zentralem Förderinstitut des Landes verbundene Aufgabe. Unser Slogan „Mit Überblick Perspektiven schaffen“ wird gerade durch diese wettbewerbsneutrale und unentgeltliche Beratung in besonderer Weise mit Leben erfüllt.

Förderberatung Wirtschaft

Förderlotsen

Angesichts landes-, bundes- und europaweit eher bescheidener Erfolge bei der Erhöhung der Transparenz über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten ist der wettbewerbsneutrale und unentgeltliche Rat der Förderlotsen weiterhin stark gefragt. Da Bankgespräche möglichst gut vorbereitet sein sollten, und da in fast allen Fällen günstigere Möglichkeiten als die „normalen“ Bankkredite bestehen, sind die Beratungen durch die Förderlotsen meist eine Erleichterung der Finanzierungsgespräche in den Kreditinstituten und in der Regel „bares Geld wert“. Das gilt insbesondere für in Bankgesprächen unerfahrene Existenzgründungsinteressierte – auch für den Fall einer Geschäftsübernahme.

Insbesondere wegen der Existenzgründungsoffensiven auf Landes- und auf Bundesebene einerseits und der schwachen Investitionsneigung der Wirtschaft andererseits waren weiterhin die Gründungsberatungen deutlich zahlreicher als die für bestehende Betriebe. Die beiden Förderlotsen haben 1998 insgesamt 791 (Vj. 585) männliche Existenzgründer und 595 (Vj. 414) bestehende Betriebe beraten. Zusammen mit den von der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen betreuten 857 Frauen (Vj. 864) waren dies insgesamt 1.648 Gründungsinteressierte.



Der Bundessieger im Schülerwettbewerb „JUNIOR“

1998 wurden rd. 2.000 Exemplare des von uns federführend zusammen mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern, der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH und dem Landesarbeitsamt Nord herausgegebenen Existenzgründungsleitfaden „Selbständig werden – Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Schleswig-Holstein“ ausgegeben.

Die Förderlotsen und die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen haben insgesamt 41 (Vj. 26) Existenzgründungsveranstaltungen – von zweitägigen Existenzgründungsmessen über Sprechertage und Seminare bis hin zu Podiumsdiskussionen – an 15 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein veranstaltet bzw. daran in Vorträgen und Einzelberatungen mitgewirkt.

Als Beitrag zur Motivation zum Selbständigwerden verstehen wir unsere Rolle als Landeskoordinator des Projektes „JUNIOR“, in dem unter Leitung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln Schülerinnen und Schüler in befristeten Miniunternehmen Selbständigkeit üben. Im Schuljahr 1996/97 war Schleswig-Holstein neben Nordrhein-Westfalen als drittes bzw. viertes Bundesland mit fünf von 30 Miniunternehmen dabei und stellte die beiden Erstplatzierten im Bundeswettbewerb. Im folgenden Schuljahr 1997/98 kamen 17 von insgesamt 84 Miniunternehmen aus unserem Land. Der Bundessieger FÄCTORIGS (Herstellung eines Flensburg-Spiels) von der Integrierten Gesamtschule Flensburg errang beim Europawettbewerb auf Malta unter 17 Nationen den dritten Platz. Daraus ist inzwischen eine echte Gewerbeanmeldung hervorgegangen. Im Schuljahr 1998/99 stellt Schleswig-Hol-

stein wieder 17 Unternehmen von in-
zwischen 154 aus acht Bundesländern.
Mitte Juni 1999 wird der JUNIOR-Bun-
deswettbewerb in Kiel ausgetragen.

Weitere Aktivitäten wie die Teilnahme an
Arbeitskreisen oder die Jurorentätigkeit
im Rahmen des StartUp Gründerwett-
bewerbs vervollständigen unseren aktiven
Beitrag zur Existenzgründungsoffensive.



Förderlotse im Beratungsgespräch

**Ihre Ansprechpersonen
im Bereich Wirtschaftsförderung/Förderlotse**

Dr. Kurt Puls Tel. (04 31) 9 00-33 67
Barbara Steffen Tel. (04 31) 9 00-33 68

Beratungsstelle für Existenzgründerinnen

Die seit 1994 mit Förderung der EU und
des Landes bestehende bundesweit ein-
malige Beratungsstelle für Existenzgrün-
derinnen konnte bei unveränderter
Personalstärke ihre in 1997 deutlich ge-
steigerte Beratungstätigkeit auch im Be-
richtsjahr 1998 auf gleich hohem Niveau
halten: 1998 wurden 857 (Vj. 864) grün-
dungsinteressierte Frauen – teils mehr-
fach – beraten.

14 von 41 Gründungsveranstaltungen
richteten sich spezifisch an Frauen. Die
Zusammenarbeit mit den Beratungs-
stellen Frau & Beruf, dem Frauennetz-
werk, dem Landfrauenverband sowie
den Gleichstellungsbeauftragten der
größeren Kommunen hat sich dabei
bewährt.

Im Rahmen unserer Beratungsschwer-
punkte über Förderung und Finanzierung
spielt das Existenzgründerinnen-Pro-
gramm des Landes mit der Möglichkeit
der befristeten Übernahme der Haus-
bankfunktion durch die Investitionsbank
eine besondere Rolle. Diese von uns
mitentwickelte und vom Land finanziell
unterstützte Form der Zugangserleichte-
rung zu den Bundesprogrammen gilt
bundesweit als vorbildlich.

**Ihre Ansprechpersonen
in der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen**

Susanne Diedrichsen-Knaak Tel. (0431) 900-3363
Katharina Preusse Tel. (0431) 900-3364
Sylvia Oppermann Tel. (0431) 900-3364

Kredite und Zuschüsse

Förderangebot

Mit unseren Kreditprodukten und einzelbetrieblichen Programmen fördern wir im Auftrag des Wirtschaftsministeriums die gewerbliche mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Hierbei setzen wir folgende Förderprodukte ein:

- Nachrangige Investitionsdarlehen
- Nachrangkombidarlehen
- Kreditaufträge
- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen
- Existenzgründerinnenprogramm
- Starthilfe für Existenzgründungen
- Investitionszuschüsse, bedingt rückzahlbare Zuschüsse
- Beratungskostenzuschüsse

Unabhängig von der gewählten Hausbank haben alle Kunden gleichermaßen Zugang zu Förderprodukten der Investitionsbank.

Finanzierungshilfen zu attraktiven Konditionen

Das gewerbliche Förderkreditgeschäft übertraf deutlich die in das Geschäftsjahr 1998 gesetzten Erwartungen: Insgesamt wurden 393 (Vj. 309) Anträge mit einem Kreditvolumen von rund 242 (176) Mio. DM positiv entschieden.

Der Bereich Wirtschaftsförderung vergibt vorwiegend im Eigenrisiko nachrangige Investitionsdarlehen zu gleichbleibend günstigen Konditionen aus Förderprogrammen von Bund und Land sowie Kapitalmarktmitteln.

Im Regelfall optimieren wir die Finanzierungspläne kleiner und mittlerer Unternehmen gemeinsam mit der Hausbank. Hierbei ergänzen wir zinsgünstig die Finanzierung der Hausbank, teilen das Risiko mit ihr und stellen geringere Anforderungen an die Besicherung.

Ende September 1997 haben wir mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Vertrag über einen Refinanzierungsrahmen von 100 Mio. DM geschlossen. Dadurch konnten wir unsere Kreditkonditionen noch weiter verbessern. Entstanden ist hierdurch unser neues Produkt „Nachrangkombidarlehen“, das zur Mitfinanzierung von Investitionen bei Laufzeiten bis zu 20 Jahren dient.

In Zusammenarbeit mit der Hausbank vergeben wir in Einzelfällen auch Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen. Sie dienen der langfristigen Umschuldung der Vorratsgrundausrüstung sowie bislang kurzfristig finanzierter Investitionen.

Neben der Vergabe von Barmitteln erteilen wir im Rahmen der Investitionsfinanzierung auch Kreditaufträge an Banken, die Bürgschaften gleichkommen.

Investitionsförderung durch Sonderdarlehen

Um Finanzierungslücken zu schließen, haben wir Ende 1998 an 64 Unternehmen Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter, vergleichbar einer stillen Beteiligung, vergeben. So sollen investive Vorhaben einschließlich der Aufstockung von Vorräten mit- und nachfinanziert werden. Seit 1997 können diese Sonderdarlehen auch für Außenwirtschaftsfinanzierungen eingesetzt werden; vor allem zur Mitfinanzierung von Investitionen und des Kapitalbedarfs von Joint-Ventures.

Die Eigenkapitalausstattung kleinerer und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins, die aus volkswirtschaftlicher Sicht besonders förderwürdig erscheinen, kann auf diese Weise verbessert werden. Öffentlich geförderte Beteiligungen vergibt in erster Linie die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), insbesondere für technologieorientierte Unternehmen.

Bewilligte Kredite	Anzahl		Volumen			
	1998	1997	1998 Mio. DM	%	1997 Mio. DM	%
Nachrg. Investitionsdarlehen	197	147	171,3	71	113,3	64
Kreditaufträge/Bürgschaften	32	31	23,7	10	21,0	12
Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen	62	69	26,1	11	31,6	18
Sonderdarlehen	26	15	14,6	6	6,5	4
HärfondsDarlehen	1	4	0,1	0	0,2	0
Existenzgründerinnenprogramm*	71	43	5,8	2	3,2	2
Starthilfe für Existenzgründer **)	4	0	0,3	0	0,0	0
Gesamt	393	309	241,9	100	175,8	100

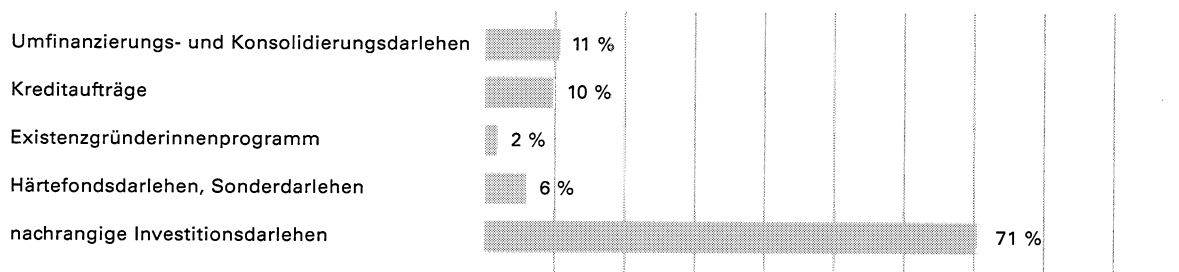
* seit Mai 1997

** seit Okt. 1997

Existenzgründungsoffensive der Landesregierung schafft Arbeitsplätze

Um die Nachteile für kleine Existenzgründungsvorhaben am Kapitalmarkt auszugleichen, übernehmen wir im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramms seit Mai 1997 und in der „Starthilfe für Existenzgründungen“ seit Ende 1997 im Einvernehmen mit einem örtlichen Kreditinstitut befristet die Hausbankfunktion für kleinere Gründungsvorhaben (Investitionsvolumen zwischen 20 und 200 TDM sowie Betriebsmittelbedarf zwischen 5 und 50 TDM). So eröffnen wir den Zugang zu den Bundesförderprogrammen. 75 Frauen und Männern konnte damit allein 1998 der Start in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht und insgesamt 157 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seit Start dieser Produkte wurden insgesamt 118 Frauen und Männer gefördert und 226 neue Arbeitsplätze geschaffen.

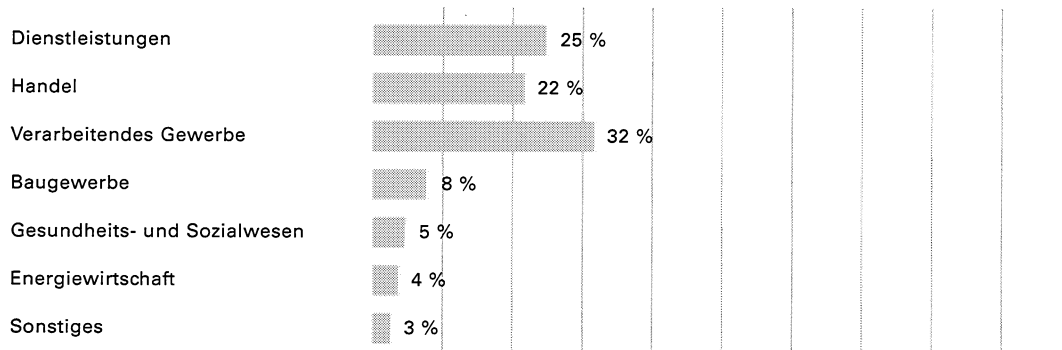
Bewilligte Kredite 1998 in Prozent



Förderung steigert die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

Gesamtbestand Kredite/Beteiligungen in Mio. DM		
	31.12.1998	31.12.1997
nachrangige Investitions-, Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen	579,3	496,3
Kreditaufträge/Bürgschaften	83,9	69,6
Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter	31,3	25,1
Härfondsdarlehen	2,2	3,5
Beteiligungen	11,2	11,2
Gesamt	707,9	605,7

Bewilligte Kredite/Beteiligungen nach Branchen 1998



Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung/Kredite

Stadt Flensburg, Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Fensburg
Klaus Siegmund
Tel. (04 31) 9 00-34 75

Stadt Lübeck, Kreise Herzogtum-Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Stormarn
Uwe Thomsen
Tel. (04 31) 9 00-33 23

Städte Kiel, Neumünster, Kreise Plön, Ostholstein
Ulrike Kiehne
Tel. (04 31) 9 00-33 20

Förderung schafft Arbeitsplätze

Mit Hilfe der bewilligten Kredite konnte ein Investitionsvolumen von rund 602 (Vj. 537) Mio. DM mitfinanziert werden. Gleichbleibend niedrige Zinssätze halfen, die Investitionskosten der Betriebe deutlich zu senken. Damit konnten die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen gestärkt und in Folge 9.186 (Vj. 7.687) bestehende Arbeitsplätze gesichert sowie 574 (Vj. 522) neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Etwa 1.100 mittelständische Unternehmen werden mit dem bis Ende 1998 zur Verfügung gestellten Kredit-/Beteiligungsvolumen von rund 708 (Vj. 606) Mio. DM unterstützt. Dies entspricht beim Gesamtbestand einer Steigerung von 17 %.

Zuschüsse

Die Bewilligungen von Zuschüssen aus fünf Förderprogrammen mit einem Volumen von nahezu 40 Mio. DM übertrafen das Vorjahresergebnis von 34,6 Mio. DM deutlich. Auch das Arbeitplatzergebnis konnten wir mit 1.271 (Vj. 714) zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen erfreulich verbessern. Daneben wurden 2.240 (Vj. 1.266) Arbeitsplätze gesichert.

Mit dem Fördervolumen wurden 24 (Vj. 16) betriebliche Vorhaben aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit 35,8 (Vj. 29,8) Mio. DM und erstmalig acht Beratungsvorhaben bezuschußt. Damit wurden Investitionen in Höhe von 326,6 (Vj. 277,1) Mio. DM initiiert.

Beratungskostenzuschüsse ergänzen in 1999 die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) in ausgewählten Regionen. Zielsetzung ist die Förderung der Beratung, insbesondere zur strategischen Neuausrichtung von Unternehmen sowie zur Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Gefördert werden kleine und mittlere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und bestimmte Dienstleistungsunternehmen mit Betriebsstätten im Fördergebiet des jeweils geltenden GA-Rahmenplans.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung/Zuschüsse

Erhard Jureit
Tel. (0431) 900-3215

Renate Furche-Jost
Tel. (0431) 900-3309

Ausblick

Auch 1999 bleibt die Investitionsbank für die Banken und Sparkassen ein zunehmend interessanter Risikopartner bei der Mitfinanzierung von insbesondere investiven Vorhaben. Die Verbesserung der örtlichen Präsenz durch unsere 13 Beratungsstellen, die enge Zusammenarbeit mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH werden sich weiter positiv auf die Entwicklung unseres Neugeschäftes auswirken. Für 1999 erwarten wir einen moderaten Anstieg unseres Bewilligungsvolumens.



Förderung schafft Arbeitsplätze

Bewilligungen 1998 aus den Wirtschaftsförderprogrammen (Vorjahreszahl in Klammern)

Programm	Fälle	Aufwendungen Mio. DM	Zuschuß Mio. DM	Arbeits- plätze neu	Arbeits- plätze gesichert
Gemeinschaftsaufgabe Einzelbetriebliche Förderung	24 (16)	302,4 (233,3)	35,8 (29,8)	1.071 (592)	635 (-)
Gemeinschaftsaufgabe Beratung	5 (-)	0,2 (-)	0,09 (-)	- (-)	- (-)
Beteiligungen aus dem Wagniskapitalförderprogramm	12 (12)	22,2 (40,9)	3,1 (3,6)	165 (17)	1.605 (1.266)
Existenzgründungsoffensive – Wagnis- kapitalförderprogramm – Beteiligungen	6 (12)	1,7 (2,9)	0,4 (1,2)	35 (105)	- (-)
WKF-Beratung	3 (-)	0,1 (-)	0,06 (-)	- (-)	- (-)
Insgesamt	50 (40)	326,6 (277,1)	39,5 (34,6)	1.271 (714)	2.240 (1.266)

Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg

Innovationsfähigkeit ist ein entscheidender Standortvorteil. Dabei sind eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital und betriebswirtschaftliches Management-Know-how die Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der innovativen Ideen junger Technologieunternehmen.

Unter Federführung der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist im Sommer 1998 der Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg als „Public Private Partnership“ aufgelegt worden, der Venture-Capital in Höhe von insgesamt bis zu 100 Mio. DM für die Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg bereitstellt.

Als öffentliche Risikopartner sind die Investitionsbank Schleswig-Holstein, die Freie und Hansestadt Hamburg und die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt sowie die Europäische Investitionsbank beteiligt, die damit ihr Engagement für junge Technologieunternehmen in der nördlichen Wirtschaftsregion verstärken.

Das private Kapital und Management-Know-how stellt die Venture-Capital-Gesellschaft TECHNOLOGIEHOLDING VC GmbH, München, bereit.

Um umfangreiche unternehmerische Erfahrungen mit der langjährigen Expertise im Venture-Capital-Bereich zu verbinden, wird die TECHNO NORD VC GmbH das Beteiligungsgeschäft für den Innovationsfonds von Hamburg aus übernehmen.

Der Innovationsfonds stellt Eigenkapital grundsätzlich als offene Beteiligung mit intensiver Managementunterstützung den Technologieunternehmen zur Verfügung, die eine bedeutende Marktposition in Wachstumsmärkten erreichen können. Im Einzelfall können maximal 5 Mio. DM als öffentliches Risikokapital und parallel in gleicher Höhe als privates Risikokapital der TECHNOLOGIEHOLDING bzw. TECHNO NORD zur Verfügung gestellt werden.

Die Beteiligung darf höchstens 49 % des Eigenkapitals des Unternehmens betragen. Eine Mehrheitsbeteiligung wird nicht angestrebt.

Die technologieorientierten Unternehmen des Nordens sollen vornehmlich auf folgenden innovativen Feldern aktiv sein:

- Kommunikation (Local Area Network), Telekommunikation, Multimediatechnologien)
- Informationstechnik (Hardware, Software, Internet, Intranet)
- Umweltschonende und energiesparende Technologien/Umwelttechnik
- Automation, Meß- und Regeltechnik sowie Verfahrenstechnik
- Elektronik und Sensorik
- Mikrostrukturtechnik
- Neue Werkstoffe und chemische Technologien
- Biotechnologie und Medizintechnik
- Innovative Technologiesdienstleistungen
- Maritime Technik und Komponenten für Windkraftanlagen

Denkbar sind auch Unternehmen, die sich in der Frühphase der Entwicklung befinden. Die Fondsaktivitäten richten sich schwerpunktmäßig auf folgende Unternehmensmaßnahmen:

- Forschungs- und Entwicklungsarbeiten
- Gründungskonzeptionen
- Anpassungs- und Produktentwicklungen bis zur Marktreife
- Markteinführungsaktivitäten



Technologieorientierte Unternehmen auf innovativen Feldern sollen gefördert werden

Ihre Ansprechpersonen für den Innovationsfonds

TECHNO NORD VC GmbH

Dr. Gottfried Neuhaus
Große Bleichen 8, 20354 Hamburg
Tel. (0 40) 3 55 2 82-0
Fax (0 40) 3 55 2 82-39
e-mail: neuhaus@technonord.de



TECHNO NORD

INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsförderung
Harald Bock/Uwe Thomsen
Fleethörn 29 – 31, 24103 Kiel
Tel. (04 31) 9 00-33 21/-33 23
Fax (04 31) 9 00-32 55
e-mail: uwe.thomsen@ibank-sh.de



Investitionsbank
Schleswig-Holstein

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Wirtschaftsbehörde Hamburg
Wirtschaftsförderung
Christian Peters
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg
Tel. (0 40) 35 04-15 77
Fax (0 40) 35 04-23 47
e-mail: christian.peters@wb.fhhnet.dbp.de



Freie und Hansestadt Hamburg

Gesellschaft für Wagniskapital MBG, Kiel

MBG



Gesellschaft für Wagniskapital

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG), Kiel

Die rechtlich selbständige Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) Schleswig-Holstein, organisatorisch mit der IB verbunden, ist auf Initiative der Landesregierung Schleswig-Holstein geschaffen worden, um durch Zuführung von Beteiligungskapital Nachteile auszugleichen, die für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründungen am Kapitalmarkt bestehen. Damit sollen im Lande Wachstumspotentiale von Unternehmen besser genutzt werden. Die MBG ist mit dem Anspruch angetreten, durch die Vergabe stiller Beteiligungen die Eigenkapitalverhältnisse von Unternehmen zu verbessern und den Spielraum für Kreditschöpfungsmöglichkeiten erheblich zu erweitern.

Mehrheitsgesellschafter an der MBG ist die IB mit 51%, die übrigen 49% halten verschiedene Banken des Landes sowie die Provinzial Versicherung. Gemäß Kooperationsvertrag ist die MBG mit der IB und der Bürgschaftsbank des Landes verbunden und arbeitet eng mit der Technologietransferzentrale (ttz) des Landes zusammen. Die MBG Schleswig-Holstein gehört mit ihren rund 25 Mio. DM Eigenkapital im Rahmen eines nationalen Vergleichs zu den finanzstärksten Anbietern öffentlich geförderter Kapitalbeteiligungsgesellschaften aller Bundesländer. Als Wirtschaftsförderinstitut arbeitet die MBG wettbewerbsneutral.

Vorrangige Zielgruppe der MBG sind technologie- und ökologieorientierte Unternehmen, innovative Dienstleistungen und Unternehmen in Wachstumsbranchen. Darüber hinaus können grundsätzlich auch Beteiligungen an wirtschaftlich interessanten Unternehmen eingegangen werden, die nicht zu dieser Zielgruppe gehören, jedoch nachstehende Kriterien erfüllen:

- regionale Bedeutung
- strukturschwache Region
- gesundes Wachstum bei schwacher Eigenkapitalbasis
- hoher Arbeitsplatzeffekt.

Konsolidierungen sind möglich, Sanierungen bleiben ausgeschlossen.

Antragsberechtigt sind gewerbliche Unternehmen, die nicht mehr als 100 Mio. DM (in begründeten Einzelfällen bis zu 150 Mio. DM) p. a. umsetzen. Die Beschäftigtenzahl sollte 499 nicht überschreiten. MBG-Beteiligungen können im Land Schleswig-Holstein flächendeckend eingesetzt werden, grundsätzlich ohne regionale Schwerpunkte. Entscheidend ist dabei, daß die Betriebsstätte als operativer Mittelpunkt eines Unternehmens sich in Schleswig-Holstein befindet.

Die MBG vergibt grundsätzlich nur stille Beteiligungen zur Mitfinanzierung von Maßnahmen eines Unternehmens, die geeignet sind, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Vornehmlich werden Beteiligungen gewährt für alle notwendigen und betriebsbedingten investiven Vorhaben, aber auch für Ausgründungen, Nachfolgeregelungen und insbesondere für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Die MBG kann auch in schwierigen wirtschaftlichen Situationen eines Unternehmens Beteiligungen vergeben, wenn ein besonderes landes-

und beschäftigungspolitisches Interesse vorliegt und zumindest mittelfristig wieder eine angemessene Rendite erwartet werden kann. Im Rahmen einer von der Landesregierung initiierten Offensive für innovative Existenzgründungen und -festigungen können Beteiligungen zu günstigen Konditionen angeboten werden.

Die MBG kann in der Regel im Einzelfall Beteiligungen zwischen 50 TDM und 3 Mio. DM übernehmen. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre, mit Verlängerungsoption bei Umwandlung in ein sicherungsfreies Darlehen.

Der Ausstieg der MBG nach Beendigung der Beteiligungslaufzeit erfolgt zum Nominalwert, d. h. die MBG partizipiert nicht an etwaigen stillen Reserven.

Refinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen öffentlicher Programme ermöglichen der MBG – im Vergleich zu erwerbswirtschaftlich orientierten Beteiligungsgesellschaften – ihre Beteiligungen vergleichsweise günstig anzubieten. Die Konditionen bleiben während der gesamten Laufzeit konstant und bieten damit eine kontinuierliche Kalkulationsgrundlage für die Unternehmen.

Die MBG beteiligt sich mit höchstens 49 % des im Unternehmen arbeitenden wirtschaftlichen Eigenkapitals; sie bleibt somit Minderheitsgesellschafter und nimmt grundsätzlich keinen Einfluß auf das tägliche Geschäft eines Unternehmens.

Seit ihrem Start Mitte 1994 hat sich die MBG an rund 130 Unternehmen mit einem Volumen von insgesamt knapp 75 Mio. DM beteiligt. Das entspricht einer durchschnittlichen Einzelbeteiligung von etwa 575 TDM. Im Berichtsjahr wurden 42 Beteiligungen einschließlich Aufstockungen mit einem Volumen von insgesamt knapp 17 Mio. DM bewilligt. Schwerpunkte der Förderung waren Unternehmen der Mikrosystemtechnologie, Elektronik und Sensorik, Informations- und Telekommunikationstechnologie, Unternehmen der regenerativen Stromenergie einschließlich deren Zulieferer, innovative Dienstleister und sonstige Softwarehersteller. Aber auch Unternehmen des sonstigen Gewerbes einschließlich Handel mit hohem Arbeitsplatzeffekt waren Empfänger stiller Beteiligungen der MBG.

Die MBG hat Beteiligungen in allen Teilen des Landes, insbesondere aber in Kiel und Lübeck sowie in den Kreisen Pinneberg, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg übernommen.

Mit einem Volumen von 18,5 Mio. DM Neugeschäft hat sich die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft auch für 1999 ehrgeizige Ziele gesteckt. Besonders begünstigt wird diese Prognose durch die Aufstockung des Wagniskapitalfonds aus Landesmitteln auf 5,5 (bisher 3) Mio. DM.

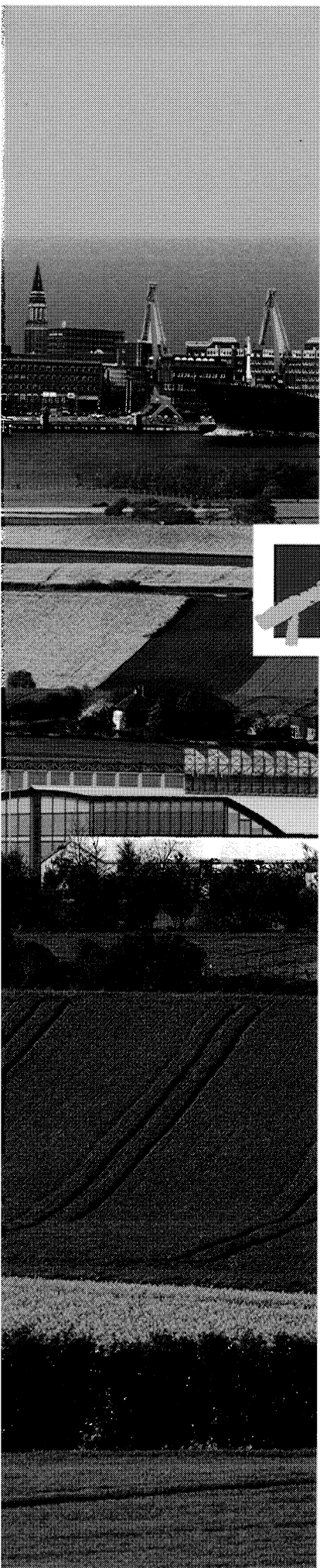
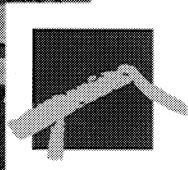
Die MBG stellt im Rahmen der Eigenkapitalstärkung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft im Lande eine wertvolle Stütze und sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Finanzierungsangebot dar. Eine Fortsetzung der regen Nachfrage nach öffentlichen Beteiligungskapital ist zu erwarten.

Ihre Ansprechperson

Gesellschaft für Wagniskapital
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein GmbH
(MBG)

Lothar Wegner
Tel. (0431) 900-3585

Wohnungsbau- förderung



Überblick

1998 hat das Land über die Investitionsbank 3.618 Wohneinheiten mit einem Volumen von 232 Mio. DM gefördert und damit die geplanten Richtwerte erreicht.

Die Förderung kam größtenteils Haushalten mit niedrigen Einkommen bzw. Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt zugute. Im Mietwohnungsbauprogramm, in dem die Förderung des Baus und der Modernisierung von Wohnungen sowie des Erwerbs von Belegungsrechten möglich war, haben wir 2.098 Wohneinheiten finanziell unterstützt. Hier hat die Förderung im Wohnungsbestand im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen.

Im Eigentumsbereich wurden 1.520 Maßnahmen für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen gefördert.

Darüber hinaus wurde das Wohnungsmarktbeobachtungssystem zum zweiten Mal fortgeschrieben und die Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau intensiviert.

Die klassische Wohnungsbauförderung wurde durch weitere haushaltsunabhängige Förderprodukte, die über die Beratungszentren angeboten werden, ergänzt. Hiermit konnten zusätzlich fast 2.300 Eigenheime gefördert werden.

Wohnungsbauförderung

Die Wohnungsbaupolitik des Landes verfolgte auch 1998 das Ziel, Haushalte mit niedrigem Einkommen und Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt mit Wohnraum zu versorgen. Schwerpunkt der Förderung waren die Schaffung und Modernisierung von Mietwohnungen sowie die Bildung von privatem Wohneigentum.

Das Wohnungsbauprogramm des Landes konnte im Berichtsjahr nahezu vollständig umgesetzt werden. Insbesondere wurden die geplanten Richtwerte in der Förderung von Mietwohnungen fast erreicht, obwohl gerade in diesem Teilsegment aufgrund der allgemeinen Entspannung des Wohnungsmarktes mit einer zögerlichen Nachfrage der Investoren zu rechnen gewesen wäre.

Im Eigentumsbereich wurden die Fördermittel sehr stark nachgefragt. Gründe hierfür lagen vordringlich in dem sehr niedrigen Zinsniveau und den Fördermöglichkeiten nach dem Eigenheimzulagengesetz.

Insgesamt haben wir im Wohnungsbauprogramm 3.618 Wohnungen mit einem Volumen von 232 Mio. DM gefördert. Bei der Förderung von Mietwohnungen haben wir in den Verhandlungen mit den Investoren Förderhöhe und weitere Bedingungen individuell vereinbart. In den Verhandlungen haben wir eine von uns entwickelte und nunmehr etablierte EDV-gestützte Investitionsrechnung eingesetzt. Sie berücksichtigt die renditerelevanten Komponenten des Investors in einer dynamischen Betrachtungsweise. Für die Entwicklung dieses bundesweit

bisher einmaligen Modells erhielt die Investitionsbank gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Wohnungsbauministerium den Innovationspreis der Zeitschrift „Immobilien Manager“. Darüber hinaus wurde der Qualitätsstandard im sozialen Wohnungsbau insbesondere in städtebaulicher und ökologischer Hinsicht durch die von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. und der Investitionsbank durchgeführten eingehenden Beratungen sichergestellt.

Die Bestandsförderung konnte durch verbesserte Bedingungen und eine variabelere Ausgestaltung der Förderung verstärkt werden.

Wir haben den Bau bzw. die Modernisierung von insgesamt 2.056 Mietwohnungen finanziell unterstützt. Dieses Ergebnis beinhaltet 1.717 Wohneinheiten durch Neubau, Aus- und Umbau sowie Erweiterung und 339 Wohneinheiten im Rahmen der Modernisierung.

Die monatliche Eingangsmiete für die geförderten Mietwohnungen ist auf maximal 9,30 DM bis 9,80 DM pro m² je nach Standort des Objektes begrenzt. Die durchschnittliche Förderhöhe betrug 66.700 DM.

Daneben haben wir im Rahmen des gemeinsamen Wohnungsbaus von Hamburg und Schleswig-Holstein 84 Wohnungen mitfinanziert.

Förderergebnis 1998 und Ausblick auf 1999			
	1998 Soll/Ist Rahmen in Mio DM		1999 Soll Rahmen in Mio DM
Programmvolumen	240	232	205
	Rahmen in WE		Rahmen in WE
1. Mietwohnungen			
- Neubau	1.810	1.759	1.310
- Modernisierung	500	339	700
- Erwerb von Belegungsrechten	130	-	130
2. Eigenheime			
- Stufe 1	650	894	750
- Stufe 2	590	612	485
Hausankäufe	15	14	15
Gesamt	3.695	3.618	3.390

Durch die Förderung von 908 Eigenheimen mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von 91.100 DM konnten wir Haushalten mit niedrigen Einkommen die Schaffung von Wohneigentum erleichtern. Der Bauherr trägt eine durchschnittliche monatliche finanzielle Belastung von 11,80 DM pro qm.

Ergänzend wurden 612 Haushalte mit mittlerem Einkommen gefördert. Der Förderbetrag betrug hier pauschal 40.000 DM.

Das Wohnungsmarktbeobachtungssystem – eine Expost-Datenerhebung als Diskussions- und Planungsbasis für die Wohnungswirtschaft und das Land Schleswig-Holstein – haben wir zum zweiten Mal fortgeschrieben. Die Untersuchung ergab, daß sich die allgemeine Entspannung des Wohnungsmarktes nicht auf alle Teilmärkte erstreckt. So waren beispielsweise in Großstädten bzw. für einkommensschwächere Haushalte wieder stärkere Indikatoren für eine angespannte Lage festzustellen.

Das Ergebnis der zweiten Fortschreibung ist im Internet veröffentlicht unter www.ibank-sh.de auf „Wohnungsmarktbeobachtung“.

Darüber hinaus haben wir die Kooperation mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau verstärkt und bieten für die Modernisierung von Wohnraum gemeinsam zinsgünstige Darlehen für Investitionen zur CO₂-Minderung und Energieeinsparung sowie für weitere Modernisierungsmaßnahmen an.



Gruppenselbsthilfemaßnahmen in Flintbek

**Ihre Ansprechpersonen im Bereich
Wohnungsbauförderung**

**Städte Kiel, Neumünster, Kreise Plön und
Rendsburg-Eckernförde**

Gerhard Hoffmann
Tel. (04 31) 9 00-32 39

Kreise Segeberg, Pinneberg, Steinburg

Ernst-A. Rinnbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 18

**Stadt Lübeck, Kreise Herzogtum-
Lauenburg, Ostholstein, Stormarn**

Björn Loose
Tel. (04 31) 9 00-35 49

**Stadt Flensburg, Kreise Dithmarschen,
Schleswig-Flensburg, Nordfriesland**

Imme Rebien
Tel. (04 31) 9 00-34 92

Ausblick

Auch 1999 wird die vereinbarte Förderung fortgesetzt. Dabei sind 3.390 Wohneinheiten vorgesehen. Diese Förderzahl setzt sich zusammen aus 2.140 Mietwohnungen – mit einem stärkeren Akzent auf der Modernisierungsförderung – und 1.250 Eigentumsmaßnahmen.

Im Mietwohnungsbau verfolgt das Land nach wie vor das Ziel, das Angebot an Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen und besonderen Personengruppen, wie beispielsweise Alleinerziehenden und älteren Menschen, zu stabilisieren. Auf diese Weise soll der in den kommenden Jahren bevorstehende Auslauf der Bindungen bei einem großen Teil der Sozialwohnungen zumindest teilweise aufgefangen werden.

Die Förderung im Eigentumsbereich erfolgt weiter zweistufig. Es werden Fördermittel für 765 Familien mit niedrigem Einkommen und für 485 mit mittlerem Einkommen bereitgestellt. Dabei werden innovative Bauträgermaßnahmen und Gruppenselbsthilfemaßnahmen besonders berücksichtigt.

Aufgrund der unveränderten Übernachfrage im Eigentumsbereich erfolgt die Mitfinanzierung im Rahmen von Förderarrangements, die soziale und ökologische Komponenten enthalten.

Unser Ziel ist es, neben der vollständigen Umsetzung des Wohnungsbauprogrammes, konsequent weitere Finanzierungsmöglichkeiten zur Verstärkung der Wohnungsbaupolitik des Landes zu entwickeln und zu konkretisieren.

Weitere Förderprodukte ergänzen die klassische Wohnungsbauförderung

Mit neuen interessanten Produktideen ergänzt die Investitionsbank die Programme des Landes zur Wohnungsbauförderung. Diese ebenfalls nachrangigen Finanzierungsprodukte können zusätzlich zu den Fördermitteln des Landes eingesetzt werden oder Finanzierungen ermöglichen, für die die Landes-Fördermittel nicht in Frage kommen, beispielsweise für den Erwerb von Gebrauchtsimmobilien.

Unter Einbindung der Eigenheimzulage können unsere Kunden mit unseren nachrangigen Darlehensprodukten eine schnellere Entschuldung bzw. eine Absenkung der monatlichen Leistung erreichen sowie den durch den Wegfall der Eigenheimzulage bedingten Belastungssprung nach acht Jahren vermeiden. Neben der Vorfinanzierung und der Kapitalisierung der Eigenheimzulage bieten unsere Beratungszentren die Kombi-Produkte „Tandem 15“ und „Tandem Plus“ an. Hier wird die abgezinste Eigenheimzulage mit einem Disagiodarlehen kombiniert.

„Tandem Plus“ haben wir Mitte 1998 auf den Markt gebracht und konnten seitdem eine sehr gute Resonanz feststellen. Wir bieten dieses Finanzierungsprodukt in Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über das von der KfW angebotene Förderprogramm „Junge Familie“ an.

Die neuen Finanzierungsprodukte unserer Beratungszentren sind mit dem Wohnungsbauministerium abgestimmt und wurden insgesamt gut nachgefragt. Das Förderergebnis 1998 konnte gegenüber 1997 deutlich gesteigert werden.

Förderergebnis 1998 Produkte	Anzahl		Volumen in Mio. DM	
	1998	1997	1998	1997
Persönliche Beratungen	10.647	10.652	-	-
Vorfinanzierung/Kapitalisierung der Eigenheimzulage	2.295	1.163	109,40	56,98
Tandem 15	607	352	64,41	38,14
Tandem Plus	370	-	50,92	-
Nachrangdarlehen	169	80	11,42	4,84
Finanzwirtschaftliche Betreuung	338	575	-	-

Fehlbelegungsabgabe

Auf der Grundlage des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG SH) führen wir im Auftrag des Landes die Festsetzung und Erhebung der Ausgleichszahlungen, der sogenannten Fehlbelegungsabgabe, durch.

Seit Juli 1998 prüft die Investitionsbank im dritten Erhebungszeitraum die Einkommensverhältnisse von rund 80.000 Mieterinnen und Mietern einer mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung. Je nach Überschreitung der maßgeblichen Einkommensgrenze für den Bezug dieser „Sozialwohnungen“ wird eine Ausgleichszahlung von 30 % bis 90 % zwischen der vertraglich vereinbarten Miete und der ortsüblichen Vergleichsmiete festgesetzt.

Mit Ablauf des Berichtsjahres konnten aus der seit 1992 eingeführten Fehlbelegungsabgabe insgesamt rund 63,1 Mio. DM dem öffentlich geförderten Wohnungsbau zugeführt werden.

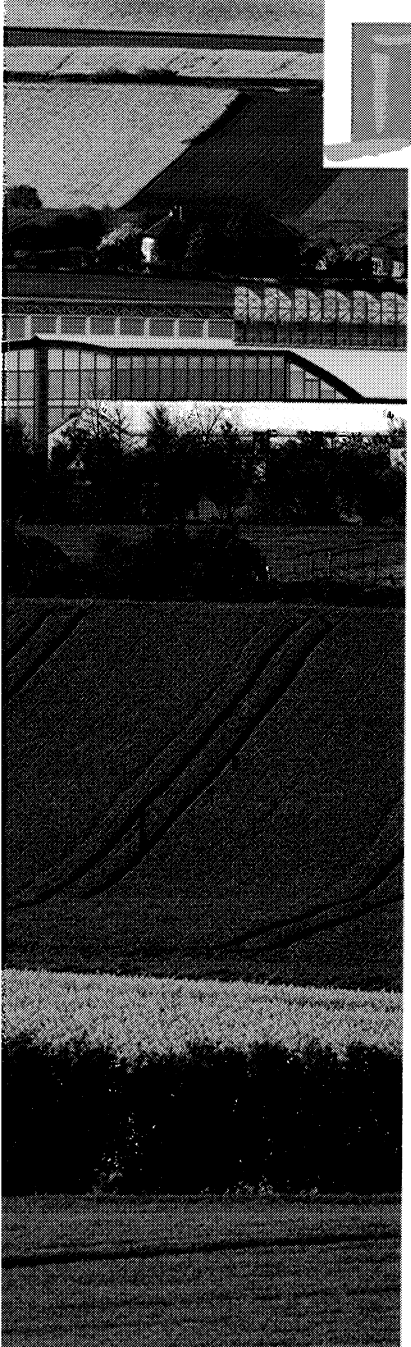
Der dritte Erhebungszeitraum wird Mitte 2001 abgeschlossen sein.

Wie bieten den Mieterinnen und Mietern auch weiterhin in unseren Beratungszentren landesweit Information und Hilfestellung zur Fehlbelegungsabgabe an.

Ihre Ansprechperson im Bereich Fehlbelegungsabgabe

Olaf Lüders
Tel. (04 31) 9 00-33 07

Kommunalförderung und Städtebau



Überblick

Lebensqualität des Bürgers, Ökonomie und Ökologie: Diese Begriffe in ein gesundes Verhältnis zueinander zu stellen, ist heute und zukünftig eine Kernaufgabe von Kreisen, Ämtern, Städten und Gemeinden. Das Land und die Investitionsbank haben auch 1998 zur Lösung dieser im Zeichen knapper Kassen und des notwendigen steigenden Umweltbewußtseins immer schwieriger werdenden Aufgabe eine Vielzahl von Instrumenten angeboten: Unterstützung der Städte und Gemeinden durch Programme im Rahmen der Städtebauförderung, Förderung der Landschaftsplanung, Schaffung von Kindergartenplätzen durch Fondsfinanzierung und als wichtige flankierende Maßnahme bei wirtschaftsfördernden und umweltschützenden Infrastrukturinvestitionen den Kommunalen Investitionsfonds.

Kommunalförderung und Städtebau

Die Investitionsbank unterstützt die Städte und Gemeinden mit Programmen im Rahmen der Städtebauförderung, Förderung der Landschaftsplanung, Schaffung von Kindergartenplätzen durch Fondsfinanzierung und bei wirtschaftsfördernden und umweltschützenden Infrastrukturinvestitionen durch den Kommunalen Investitionsfonds.

Wie in den Vorjahren eröffneten diese Instrumente im Berichtsjahr einer Vielzahl von Städten und Gemeinden die Möglichkeit, ihre unterschiedlichen Aufgaben und Initiativen zu realisieren. Wir haben auch 1998 dazu beigetragen, unserem Kundenkreis hierzu mit Überblick Perspektiven zu schaffen. Die günstige Situation auf dem Kapitalmarkt wurde im Zinsbereich optimal genutzt, um knappe öffentliche Kassen zu entlasten oder zusätzliche Wachstumspotentiale, wie im Kommunalen Investitionsfonds, zu erschließen.

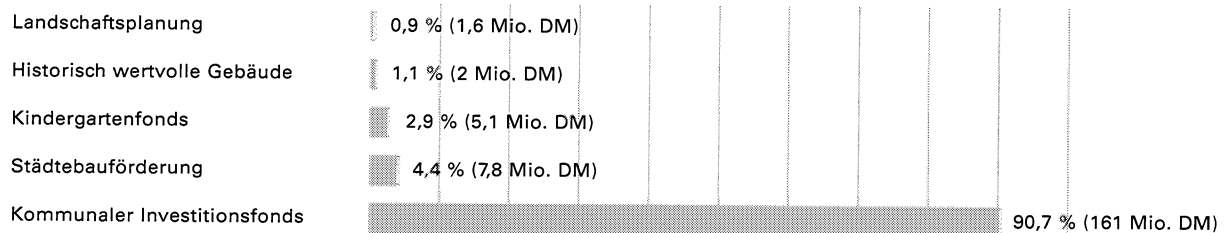
Ihre Ansprechpersonen

Erwin Christiansen
Tel. (04 31) 900-32 34

Klaus Holm
Tel. (04 31) 900-33 86

Jahresförderergebnisse 1998

Gesamtfördervolumen von 177,5 Mio. DM



Stärkung der Stadterneuerung

In der Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und der Optimierung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung stadtökologischer Entwicklungen liegen heute die Grundsätze einer modernen Stadterneuerung. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms Städtebauförderung wurden 1998 Landes- und Bundesmittel von 7,7 Mio. DM durch die Investitionsbank bewilligt. Einschließlich des Finanzierungsanteils der Gemeinden führte dies zu einem Investitionsvolumen von rund 12 Mio. DM. Das Bund-Länder-Programm wird 1999 wiederum in Höhe von 7,7 Mio. DM bewilligt. Schwerpunkte sind weiterhin Wohnungsbau, Gewerbe und Konversionsmaßnahmen. Ergänzt wird das Bund-Länder-Programm durch das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsangebot – die soziale Stadt“. Programmziele sind die soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie die Wohnwert- und Wohnumfeldverbesserung von Problemstadtteilen und -quartieren. Diese Förderung ist mit Bundesfinanzhilfen über 3,2 Mio. DM ausgestattet, die mit Landes- und Gemeindeanteil ein zusätzliches Volumen von rund 10 Mio. DM darstellen.

Um weiterhin bedeutende Projekte innerhalb und außerhalb von Sanierungsgebieten zur Verbesserung der städtebaulichen Innenentwicklung durchführen zu können, hat das Land die Bund-Länder-Finanzierung durch Mittelzuweisungen für ein eigenes Programm aufgestockt. Für den Zeitraum 1998 – 2002 zahlen wir aus Haushaltsmitteln 25 Mio. DM Zuschüsse aus, die gemeinsam mit den kommunalen Eigenmitteln zu einem Programmvolumen von 37,5 Mio. DM führen. Diese Initiative und die damit zusammenhängenden umfangreichen Folgeinvestitionen durch privates Kapital haben auch weiterhin einen positiven Konjunkteinfluß, verbunden mit strukturellen Effekten.



Saniertes Gebiet am Binnenhafen in Friedrichsstadt

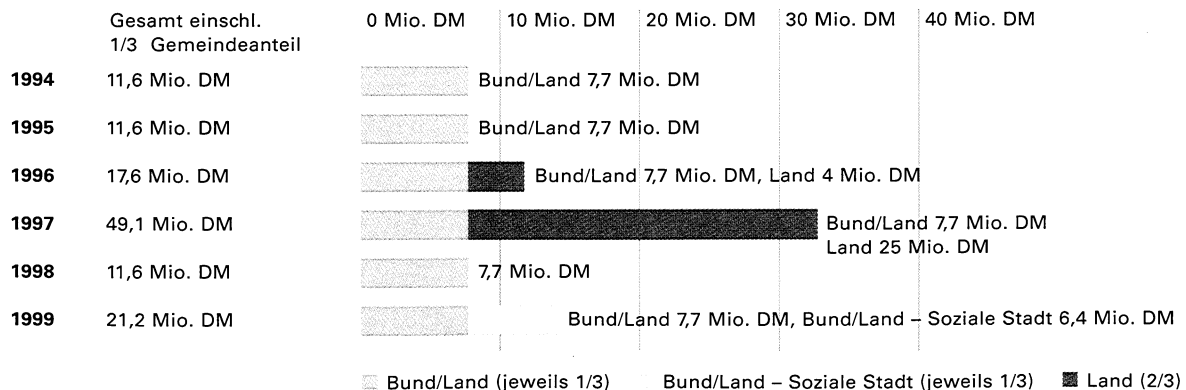
Ihre Ansprechpersonen Stadterneuerung

Winfried Krausbauer
Tel. (0431) 900-3287

Olaf Göttsche
Tel. (0431) 900-3274

Förderung im Städtebau

Vorauszahlungen/Zuschüsse





Historisch wertvolles Wohnhaus im
Kreis Nordfriesland

Denkmalgerechte Modernisierung historisch wertvoller Gebäude

Zur denkmalgerechten Modernisierung und Instandsetzung historisch wertvoller Wohngebäude bzw. zur Neuschaffung von Wohnraum in historischer Bausubstanz setzten wir auch 1998 ausschließlich zinsgünstige Darlehen als Fördermittel ein. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Anteil an Gesamtanierungsmaßnahmen im Verhältnis zu Teilsanierungen zu, so daß eine Aufstockung des bisherigen Bewilligungsrahmens um über 30 % auf 2 Mio. DM erfolgen konnte. Mit diesem Fördervolumen wurden in 44 Objekten 67 Wohnungen in enger Abstimmung mit den Denkmalpflegebehörden saniert oder neu errichtet. Diese Kooperation stellt die denkmal-

schutzgerechte Ausführung der Sanierungsarbeiten sicher. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der historischen Baulandschaft Schleswig-Holsteins. Für 1999 ist ein Bewilligungsvolumen von 1,5 Mio. DM geplant.

Die knappen Haushaltsmittel im Bereich der Denkmalpflege haben zu einer substanzielleren Finanzierungsberatung geführt. Zum Beratungsumfang gehören nicht nur die Benennung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten, sondern auch Hinweise auf bestehende Altmateriallager und Produkte aus dem Bereich historischer Baustoffe oder auf private Selbsthilfeorganisationen.

Ihre Ansprechperson denkmalgerechte Modernisierung

Stefan Müller
Tel. (04 31) 9 00-32 63

Infrastrukturförderung durch Kommunalen Investitionsfonds (KIF)

Zur Unterstützung von wirtschaftsfördernden und umweltschützenden Maßnahmen der schleswig-holsteinischen Kommunen stehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) zinsgünstige Darlehen zur Verfügung. Der Fonds trägt sich selbst. Er hat sich zu einem unverzichtbaren Finanzierungsinstrument für wichtige Investitionsvorhaben der Kommunen entwickelt, ohne jedoch den Landeshaushalt zu belasten. Das in den letzten Jahren deutlich gestiegene För-

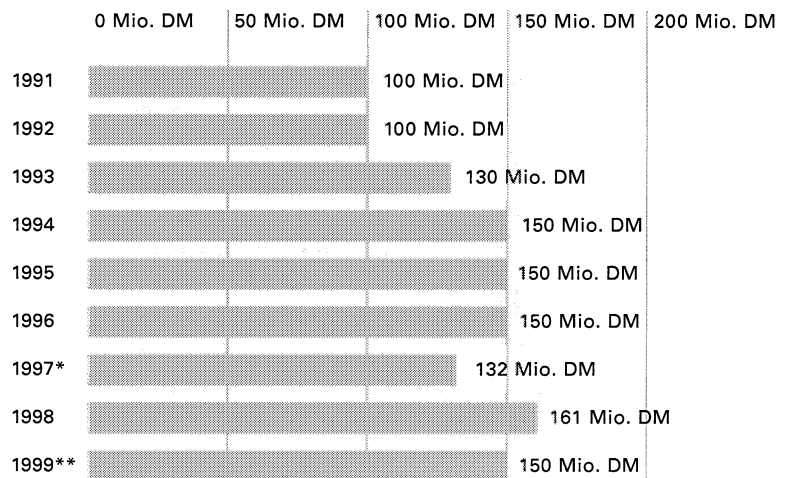
dervolumen betrug 1998 rund 161 (Vj. 150) Mio. DM. Bei einer Laufzeit von 20 Jahren mit zwei tilgungsfreien Jahren erhalten die Kommunen finanzielle Planungssicherheit über die gesamte Darlehenslaufzeit hinweg. Optimale Liquiditätssteuerung durch unser Fondmanagement und die Einbindung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank führen zu weiteren Wachstumspotentialen des Fonds.

Das Förderspektrum umfaßt:

- Erwerb und Erschließung von Bauland
- Abwasser- und Abfallbeseitigung
- Straßenbau, Bau von Verwaltungsbehörden
- energiesparende Maßnahmen
- kommunale Maßnahmen des Naturschutzes
- naturnahen Bau und Ausbau von Regenrückhalteanlagen
- Gefährdungsabschätzung von Altablagerungen
- Bau und Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen in Verbindung mit Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und in Verbindung mit Biomasseanlagen
- nachträgliche Wärmedämm- und Stromeinsparmaßnahmen in öffentlichen Verwaltungsgebäuden
- Bau und Erweiterung kommunaler Sportstätten.

Bewilligungsvolumen im Kommunalen Investitionsfonds

1991-1999

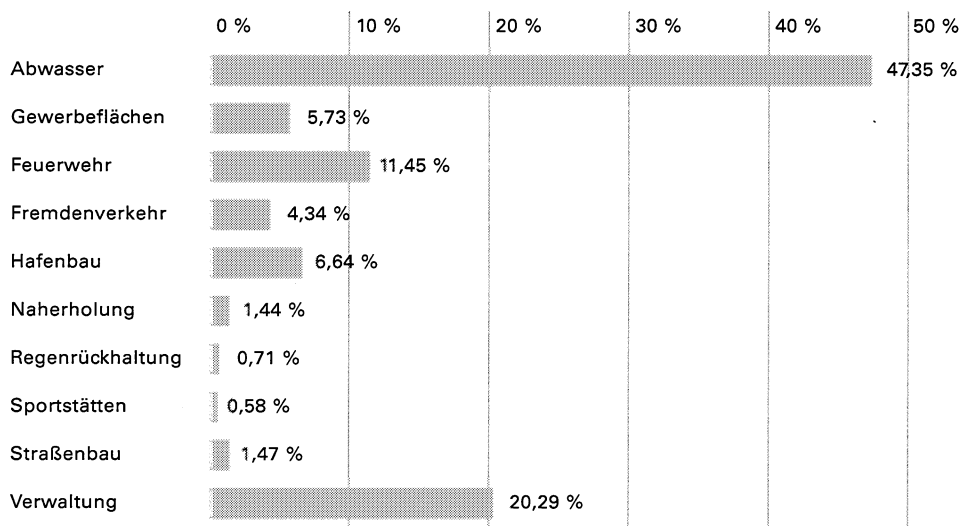


* Sondereffekt 1997: vorwiegend Abwassermaßnahmen direkt durch KfW in Höhe von ca. 40 Mio. finanziert.
** geplant

Ihre Ansprechperson Infrastrukturförderung

Dirk Marx
Tel. (0431) 900-3377

1998 bewilligte Darlehen im Kommunalen Investitionsfonds nach Maßnahmengruppen





Mehr Kindergartenplätze durch Förderung

Ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen

Der Anspruch aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren auf einen Kindergartenplatz ist gesetzlich geregelt. Die Erfüllung des Rechtsanspruchs von rund 69.400 Plätzen in Schleswig-Holstein konnte bis zum Ende des Berichtsjahres weitestgehend realisiert werden.

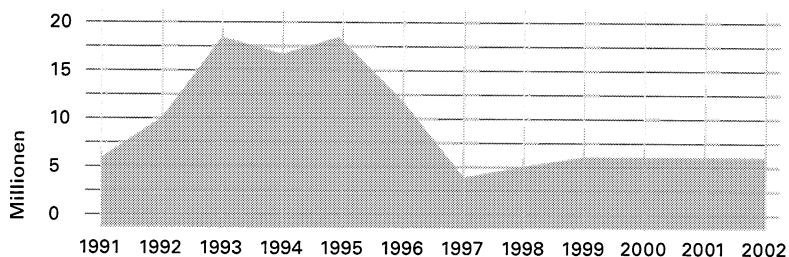
Damit ist in Schleswig-Holstein – bis auf einige regionale Ausnahmen – ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen vorhanden. Die Kosten für diese Baumaßnahmen werden von den Kommunen, freien Trägern und dem Land getragen. Aus dem Kindergartenfonds konnten 1998 hierfür zinsgünstige Darlehen mit einem Volumen von 5,1 Mio. DM bereitgestellt und damit 730 Plätze gefördert werden.

Ihre Ansprechperson Kindergartenfonds

Martin Köster
Tel. (04 31) 9 00-34 87

Bewilligungen im Kindergartenfonds

1991-2002



Wirtschaft und Ökologie:**Landschaftsplanung als Katalysator**

Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen sind häufig abhängig von der Entwicklung der Wohnbau- und Gewerbeflächen. Eingriffe in Natur und Landschaft sind hierbei unvermeidlich, die Beachtung ökologischer Spielregeln daher umso bedeutender. Die Landschaftsplanung ist Voraussetzung für die Neuaufstellung oder Änderung von Bauungs- oder Flächennutzungsplänen. Die Planungsträger sind hierdurch verpflichtet, Ansprüche des Natur- und Umweltschutzes angemessen zu berücksichtigen. Die Sicherung schutzwürdiger Flächen, Entwicklung leistungsfähiger Biotopverbundsysteme und die Integration von Siedlung, Landwirtschaft und Naturschutz sind besondere Schwerpunkte der Landschaftsplanung. Das der Investitionsbank übertragene Programm entlastet die Gemeinden durch eine Bezuschussung mit bis zu 50 % der Planungskosten. Das Bewilligungsvolumen konnte 1998 auf 1,6 Mio. DM erhöht werden. Für 1999 steht ein Bewilligungsrahmen von 1,5 Mio. DM zur Verfügung.



Bei der Landschaftsplanung müssen ökologische Spielregeln beachtet werden

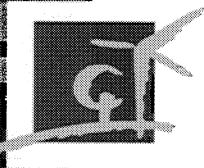
Ihre Ansprechpersonen Wirtschaft und Ökologie

Winfried Krausbauer
Tel. (0431) 900-3287

Diethelm Gellert
Tel. (0431) 900-3395



Umwelt- und Energieförderung



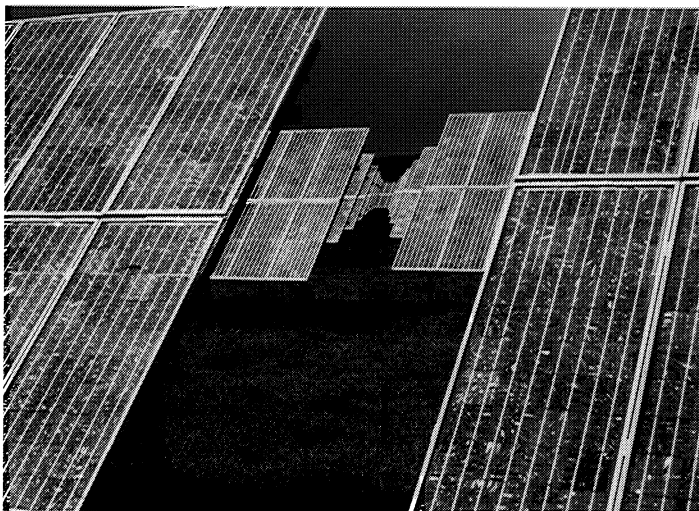
Überblick

Die Umwelt- und Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein orientiert sich an dem Leitbild der nachhaltigen und dauerhaften umweltgerechten Entwicklung der auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verabschiedeten AGENDA 21. Das Land Schleswig-Holstein hat verschiedene Bausteine, Programme und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Zielsetzungen auf die Investitionsbank übertragen. Hierzu zählen insbesondere:

- Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik insbesondere durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, der rationellen Energieversorgung und des Einsatzes erneuerbarer Energieträger mit dem Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 % bis zum Jahr 2050.
- Förderung der ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins durch Aufbau und Entwicklung von ressourcensparenden Produktionsweisen und Produkten, unter anderem ökotechnische und ökonomische Maßnahmen, Umweltmanagementsysteme, Wassereinsparung, Regenwassernutzung.
- Maßnahmen des ressourcensparenden und ökologischen Bauens und Wohnens im Neubau und im Gebäudebestand.

Auch die Energiestiftung Schleswig-Holstein hat die Durchführung bestimmter Förderschwerpunkte auf die Investitionsbank übertragen.

Umwelt- und Energieförderung



Förderung erneuerbarer Energien

Die Abteilung Umwelt- und Energieförderung

Im Förderbereich „Umwelt und Energie“ haben wir neben den bisher wahrgenommenen ökologischen Aufgaben auch neue Dienstleistungsangebote entwickelt und umgesetzt. Im wesentlichen setzt sich das Aufgabenspektrum der Umwelt- und Energieförderung wie folgt zusammen:

- Betreuung und Umsetzung umwelt- und energiebewußter Förderprogramme und -aufgaben des Landes Schleswig-Holstein und der Energiestiftung Schleswig-Holstein
- institutionell geförderte Beratung zur Unterstützung der Förderziele des Landes (Initialberatung) und der Energiestiftung Schleswig-Holstein
- Bereitstellung technischer und ökologischer Dienstleistungen in Ergänzung zu Förderprogrammen des Landes,
- Wahrnehmung der Querschnittsaufgabe Umwelt und Energie auf der Grundlage des Investitionsbankgesetzes.

Darüber hinaus findet zunehmend eine abteilungs- und ressortübergreifende Koordination des Einsatzes von Fördermitteln statt, gegenwärtig sind in der Umwelt- und Energieförderung Programme und Maßnahmen von fünf Abteilungen aus drei Ressorts der Landesregierung sowie der Energiestiftung Schleswig-Holstein zusammengeführt.

Ihre Ansprechperson Förderprogramme Umwelt- und Energie

N.N.
Tel. (04 31) 900-36 69

Förderergebnisse für das Berichtsjahr 1998

Förderprogramm	Förderfälle	Fördervolumen	Investitionsvolumen
Windenergie (Pilot- und Demonstrationsvorhaben)	1	58.000	1.118.764
Solarthermie – Breitenprogramm	419	723.600	5.450.000
Photovoltaik	4	160.300	400.700
Kraft-Wärme-Kopplung/Nah- und Fernwärme	1	3.000.000	31.427.500
Stromeinsparung in öffentlichen Liegenschaften	15	448.627	2.046.260
Ministerium für Finanzen und Energie gesamt		4.390.527	37.593.224
Solarthermie (Pilot- und Demonstrationsvorhaben)	17	610.000	1.740.000
Biomasse (Pilot- und Demonstrationsvorhaben)	2	146.500	294.025
Brennstoffzelle	1	500.000	1.600.000
Sonstige	8	274.000	648.102
Energiestiftung Schleswig-Holstein gesamt		1.530.500	4.282.127
Umweltmanagementsysteme	23	315.040	683.914
davon aus Grundwasserentnahmeabgabe	3	46.696	116.740
Ökotech/Ökowiirtschaft	12	1.713.321	3.468.227
Wassereinsparung (Gewerbe und Industrie)	5	2.845.473	9.880.156
Regenwassernutzung private Haushalte	111	400.103	1.180.000
Ministerium für Natur und Forsten gesamt		5.273.937	15.212.297
Ressourcensparendes Bauen und Wohnen	6 (97 WE)	1.000.000	2.000.000
Förderprogramme Umwelt- und Energie/Investitionsvolumen		12.194.964	59.087.648

Die Energiestiftung Schleswig-Holstein förderte die Arbeit der Energieagentur in der Investitionsbank in der Höhe von 1,3 Mio DM. Diese Mittel dienen der Durchführung von Initialberatungen, der Betreuung und Entwicklung sowie auch der Durchführung von Beratungs-, Pilot- und Demonstrationsvorhaben.

Erneuerbare Energien

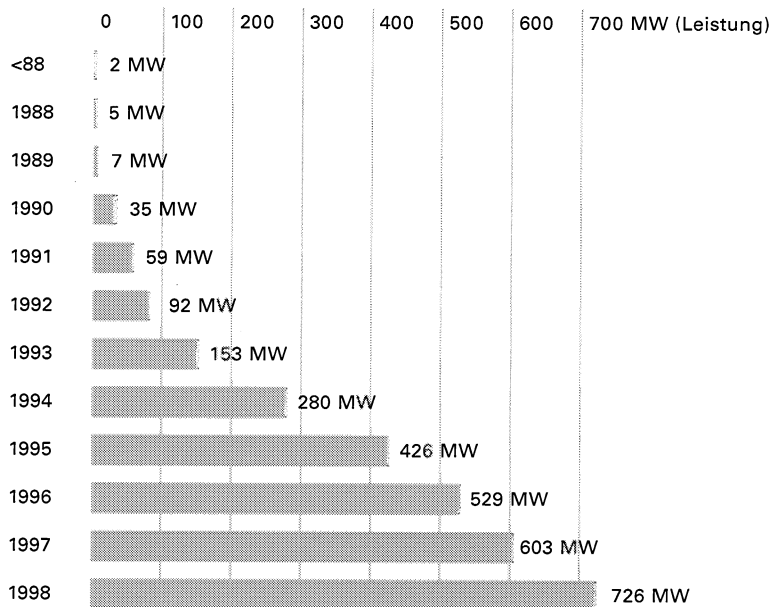
Bis Ende 1998 waren in Schleswig-Holstein 1.642 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 726 Megawatt (MW) in Betrieb. Mit 148 Windkraftanlagen und einer Investitionssumme von über 250 Mio. DM wuchs die installierte Leistung um 123 MW gegenüber dem Vorjahr. Mit den im Berichtsjahr erzeugten knapp 1,45 Mrd. Kilowattstunden (kWh) konnten ca. 11,1 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein gedeckt werden; 1988 waren es lediglich 0,04 %.

Aufgrund der bisherigen technischen Weiterentwicklung und der damit einhergehenden Kostensenkung je installierter Kilowattstunde wurde eine Breitenförderung der Windkraftnutzung im Lande eingestellt. Eine Förderung der technologischen und innovativen Weiterentwicklung wurde in geringem Umfang weitergeführt.

Im Bereich der Biomassenutzung konnten mit intensiver Unterstützung und Beratung durch die in der Investitionsbank angesiedelte Energieagentur sowie der Förderung durch die Energiestiftung Schleswig-Holstein und der zuständigen Ressorts des Landes wichtige Pilot- und Demonstrationsvorhaben initiiert und umgesetzt werden. Das gilt auch für die Bereiche „Solarthermie“ und „Photovoltaik“. Da die rege Nachfrage hinsichtlich der Breitenförderung durch das Programm „Solarthermie“ anhielt, konnte die Förderung erfolgreich fortgesetzt werden.

Installierte Wind-Leistung in Schleswig-Holstein

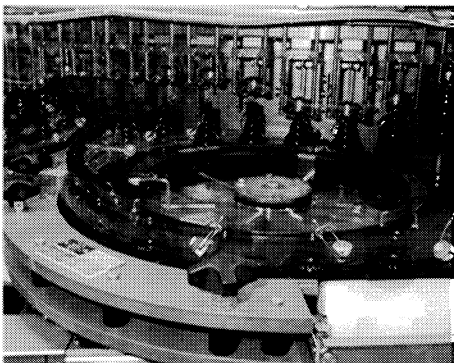
Gesamt: 726 Megawatt (MW), 1.642 Windkraftanlagen (Stand 12/98)



Umwelt- und ressourcenschonende Maßnahmen in Industrie und Gewerbe

Die Vorhaben im Bereich Ökotechnik und Ökowiirtschaft haben im wesentlichen Pilot- und Demonstrationscharakter. Damit werden innovative Erkenntnisse zum betrieblichen Umweltschutz gewonnen und erweitert. Ein gefördertes investives Projekt ist die Chitosananlage in Büsum, in der aus Krabbenschalen der Rohstoff Chitosan für den industriellen Einsatz verfügbar gemacht wird. Um das Verfahren zu optimieren und einen Wissenstransfer zu bewerkstelligen, sind Universitäten, Fachhochschulen und Institute in das Vorhaben mit eingebunden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Förderung der Einführung des EU-Ökoaudits.

Die Förderung von Maßnahmen zur Grundwassereinsparung aus der Grundwasserabgabe (Gewerbe und Industrie) konzentrierte sich im Berichtsjahr auf das Projekt einer Brauerei, bei dem durch die Aufstellung neuer Füll- und Reinigungsmaschinen sowie Behälter und Gebindetrasporturen eine jährliche Einsparung von über 50.000 Kubikmetern Trinkwasser erzielt wird.



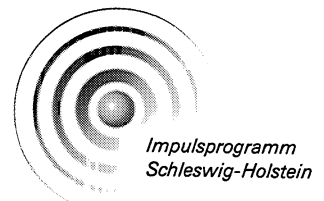
Projekt zur Einsparung von Trinkwasser in einer Brauerei

Energetische Sanierung im Wohngebäudebestand

In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. und gefördert durch die Energieagentur wurde 1998 von der Energieagentur das Impulsprogramm „Wärmetechnische Gebäudesanierung“ gestartet. Mit diesem Programm soll der Weg für Maßnahmen zur Wärmedämmung an der Gebäudehülle, Austausch von Fenstern, Isolierung von Dachflächen etc. geebnet werden, um den Energieverbrauch im Gebäudebestand drastisch zu senken und damit einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Langfristig soll sich aus den „Impulsen“ ein Markt entwickeln, der auch ohne Förderung wirtschaftlich interessante Perspektiven bietet. Das Impulsprogramm wird gefördert vom Land und der Energieagentur Schleswig-Holstein.

Als Einstieg in das Impulsprogramm und als wichtigstes Instrument für die Initialberatung wurde eine Gebäudetypologie für Schleswig-Holstein erarbeitet. In der von der Investitionsbank finanzierten anspruchsvollen Darstellung einer landesspezifischen Haustypenmatrix werden u. a. typische Baukonstruktionen im IST-Zustand dokumentiert und praxisnahe Lösungen zur energetischen Sanierung aufgezeigt.

Hierbei wurde festgestellt, daß das technische Einsparpotential im bis 1977 errichteten Gebäudebestand – je nach Randbedingungen – bei max. 60 % liegt.



Ihre Ansprechperson Projekte und Dienstleistungen

Hans Eimannsberger
Tel. (04 31) 9 00-36 60

Klimaschutz im Umfeld der kommunalen Gebietskörperschaften

Das Ministerium für Finanzen und Energie unterstützt mit dem „Stromsparförderprogramm“ Stromsparuntersuchungen und daraus resultierende Investitionsmaßnahmen in Kommunen. Aufgrund der nicht unerheblichen Strom-einsparungsmöglichkeiten wirken diese Maßnahmen vielfach zunächst kostenneutral und später haushaltsentlastend. Im Berichtsjahr wurden 15 Projekte mit Kostenzuschüssen von insgesamt 448 TDM gefördert.

Ihre Ansprechperson für kommunales Energiemanagement

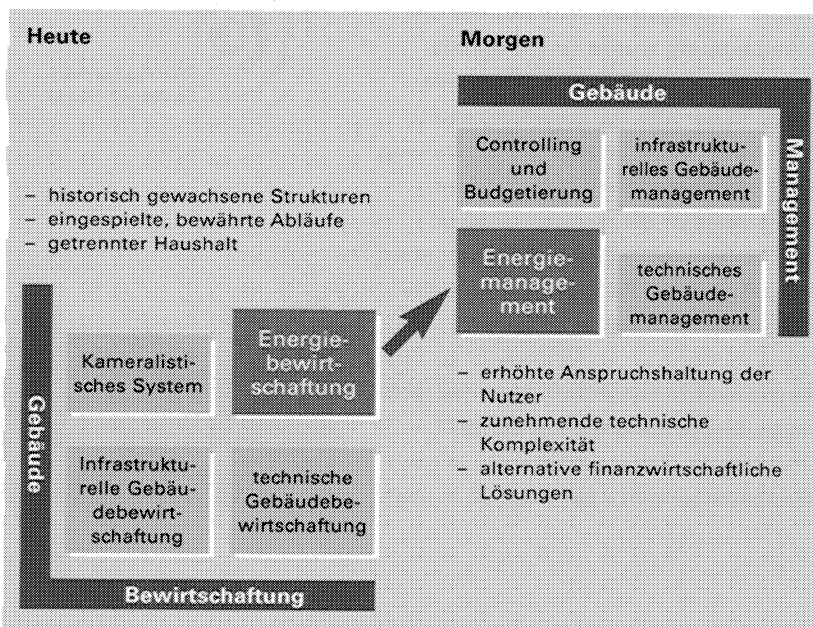
Wilm Feldt
Tel. (0431) 900-3661

Trotz der ökologischen und ökonomischen Vorteile zeigt die Erfahrung, daß für eine wirksame kommunale Energiesparpolitik die Einführung eines nachhaltigen und effektiven Energiemanagements unabdingbar ist, das als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist. Mit dem „Mobilen kommunalen Energiebeauftragten“ bietet die Investitionsbank seit Mitte 1996 auf der Grundlage eines von der Energiestiftung Schleswig-Holstein geförderten Modellprojektes ein umfassendes Dienstleistungsangebot für die Einführung eines EDV-gestützten kommunalen Energiemanagements an. Zu den wichtigsten Aufgaben zählen:

- der Aufbau des Energiecontrollings und -berichtswesens,
- die Einführung der Verbrauchererfassung,
- die Erarbeitung von Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden,
- Erstellung von Prioritätenlisten,
- Beratung der Gremien,
- Analyse der Verwaltungsstruktur.

Damit wird sowohl das entsprechende Förderprogramm des Landes wie auch die kommunale Verwaltungsmodernisierung unterstützt.

Im Berichtsjahr wurden Projekte in den Städten Geesthacht, Wedel und Neumünster und beim Kreis Nordfriesland bearbeitet. Weitere Projekte werden akquiriert.



Ziel: Ein EDV-gestütztes kommunales Energiemanagement

Als weiterer Baustein eines von der Energiestiftung Schleswig-Holstein geförderten Pilotprojektes konnte der „Wärmeatlas“ fertiggestellt werden; mit Hilfe der zuvor aufgebauten Wärmeatlanten wurden bei den teilnehmenden Energieversorgungsunternehmen die technischen Potentiale für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in den untersuchten Kommunen ausgewiesen.

Auch der Schwerpunkt der Landesförderung im Bereich rationelle Versorgungstechniken lag wiederum in der Infrastrukturförderung in Form von Wärmenetzen mit dem Schwerpunkt in der Hansestadt Lübeck.

In den von der Energiestiftung Schleswig-Holstein finanzierten Initialberatungen der Energieagentur für kommunale Gebietskörperschaften und Versorgungsunternehmen waren Nahwärmeprojekte in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplungs- oder Biomasseanlagen ebenfalls ein Beratungsschwerpunkt. Durch intensive Beratung und Organisation von Erfahrungsaustausch konnte über die hieraus resultierende höhere Wirtschaftlichkeit der Investitionen der Wegfall öffentlicher Fördermittel zum Teil kompensiert werden.

Bei den Versorgungsunternehmen ist weiterhin eine starke Zurückhaltung bei Investitionen in Eigenerzeugungsanlagen zu beobachten, die ihre Ursachen in Folgen der Energierechtsreform mit stark wachsenden Mengen-, Preis- und Absatzrisiken sowie der teilweise noch unklaren Rechts- und Verordnungslage hat. Diese Entwicklung wird sich im Jahr 1999 noch verstärken und zunächst zu einer Neustrukturierung innerhalb und unter den Versorgungsunternehmen führen.

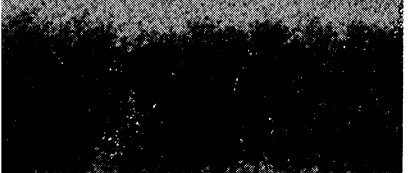
Wettbewerb „Energiesparen an unseren Schulen“

Gemeinsam mit dem Energie- und dem Bildungsministerium des Landes und der Energiestiftung Schleswig-Holstein führte die Energieagentur 1998 im Rahmen des Stromsparförderprogramms des Landes die zweite Phase des Wettbewerbes „Energiesparen an unseren Schulen in Schleswig-Holstein“ durch. Beteiligen konnten sich sowohl Schulen als auch Kommunen. Ziel dieser Zweiten Phase war es, die im Vorjahr entwickelten individuellen Konzepte zum Energiesparen an den Schulen in die Tat umzusetzen und möglichst hohe Einsparungen im Bereich Strom, Wärme und Wasser zu erreichen.



Hans Eimannsberger und Staatssekretär Wilfried Voigt (Ministerium für Finanzen und Energie) bei der Preisverleihung zum Wettbewerb „Energiesparen an unseren Schulen“

Agrar- förderung



Überblick

In der Landwirtschaft sind Investitionen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung. Das Eigenkapital bzw. die Eigenkapitalbildung spielt bei den Investitionskosten eine entscheidende Rolle. Gilt eine nachhaltige Eigenkapitalbildung von durchschnittlich 10 bis 20 TDM jährlich als Voraussetzung zur Existenzsicherung, so ist die durchschnittliche Eigenkapitalbildung von 3,7 TDM (Vj. 8,9 TDM) im abgelaufenen Wirtschaftsjahr für die landwirtschaftlichen Betriebe als unbefriedigend zu bezeichnen.

Insgesamt war die Investitionstätigkeit über alle Betriebsformen tendenziell zurückhaltend. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten je Unternehmen stiegen um ca. 3 % auf 182 TDM, davon rund ein Viertel mit Laufzeiten unter einem Jahr.

Damit belasten Fremdkapital und Zinsen auch die Betriebe zusätzlich, die nachhaltig nicht in der Lage sind, ihre Darlehen aus den Wirtschaftsergebnissen zu tilgen.

In den 30 % der Haupterwerbsbetrieben in der Bundesrepublik mit Eigenkapitalverlusten von durchschnittlich über 31 TDM pro Jahr ist der hohe Fremdkapitalbestand um weitere 7 % gestiegen. Starker Eigenkapitalabbau und laufende Fremdkapitalaufnahme verdeutlichen die zukünftigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Betriebe.

Agrarförderung

Die Situation der Landwirte in Schleswig-Holstein

Die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1997/98 war höchst unterschiedlich. Je nach Produktionsschwerpunkt, nach Rechtsform, nach Erwerbsform, nach Betriebsgröße oder nach der Region reichte die Spannweite bei der Gewinnentwicklung pro Unternehmen von + 14,4 % bis – 25,7 %. Unabhängig von diesen Einflußfaktoren führt die unterschiedliche Managementleistung der landwirtschaftlichen Unternehmer zu erheblicher innerer Disparität.

Die höheren Erlöse aus der Rinder- und Milcherzeugung sowie aus dem Anbau von Getreide, Ölsaaten und Kartoffeln führten ebenso zu positiven Auswirkungen wie die geringeren Aufwendungen für Futter- und Düngemittel.

Stärkere negative Effekte ergaben sich aus den niedrigen Erlösen aus der Schweinehaltung und den gestiegenen Ausgaben für Pflanzenschutz und Personal, aus höheren Abschreibungen und der verminderten Ausgleichszulagen-gewährung.

In den Milchviehbetrieben konnte sich die Gewinnsituation gegenüber dem Vorjahr wieder erholen, jedoch den Vorjahreseinbruch nicht ausgleichen. Die reinen Marktfruchtbetriebe konnten ihr Vorjahresergebnis halten, bei den Veredlungsbetrieben hat sich die Situation insbesondere vor dem Hintergrund der niedrigen Schweinepreise verschlechtert. Durch die ungünstige Witterung in der zweiten Jahreshälfte 1998 werden alle Betriebstypen negative Folgen verzeichnen.

Agrarförderung bearbeitet Kreditbestände

Die Investitionsbank – Bereich Agrarförderung – bearbeitet seit vielen Jahrzehnten Darlehen aus Förderprogrammen des Bundes, des Landes und aus eigenen Mitteln. Der Darlehensbestand am Bilanzstichtag betrug 155 Mio. DM durchlaufende Kredite, 170 Mio. DM Verwaltungskredite und 225 Mio. DM eigene Darlehen. Das Forderungsvolumen der rund 10.000 Kunden in Schleswig-Holstein konnten wir mit abnehmender Personalstärke effizient betreuen. Daneben führen wir die Kassengeschäfte der Teilnehmergemeinschaften in Flurbereinigungsverfahren. Als Landesleitinstitut übernehmen wir im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms (AFP) die Auszahlung von Zuschüssen sowie von Zinszuschüssen für Kapitalmarktdarlehen.

Ihre Ansprechpersonen im Bereich Agrarförderung

Treuhandgeschäft
Dieter Zingler
Tel. (04 31) 9 00-32 75

Treuhandstelle für Agrarkredite
Hans-Christian Hammerich
Tel. (04 31) 9 00-33 47

Ausblick

Für die deutsche Landwirtschaft wird eine Fortsetzung des Strukturwandels prognostiziert. Der Wegfall eines Teils der Subventionen stellt die bäuerliche Landwirtschaft in Schleswig-Holstein vor hohe Anforderungen. Erste überschlägige Rechnungen ergeben im ersten Reformjahr 2000 Verluste für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in der Größenordnung von 35 Mio. DM im Jahr. Sie werden bis 2006 auf 154 Mio. DM pro Jahr ansteigen.

Die Ende 1999 beginnenden Verhandlungen der World-Trade-Organisation (WTO-Runde) werden voraussichtlich auf eine Fortsetzung des Protektionsabbaues hinauslaufen. Die Einführung des Euro wird aus landwirtschaftlicher Sicht positiv bewertet. Unsicherheit besteht weiterhin hinsichtlich der Auswirkungen beispielsweise durch die künftige Geld- oder Fiskalpolitik. Ob bei den Beitrittsverhandlungen für die Osterweiterung der EU Preisausgleichsmaßnahmen gefordert und gewährt werden können, bleibt ebenso abzuwarten wie die Auswirkungen und Chancen für die Landwirtschaft aus der Globalisierung der Märkte. Auch die langfristige Entwicklung des Weltmarktes und die möglichen Auswirkungen auf die hiesige Landwirtschaft sind derzeit noch nicht absehbar. Es bleibt offen, ob und wie sich die Bio- und Gentechnologie als Innovations-träger entwickeln wird. Unbestritten sind dabei die entstehenden Entwicklungs- und auch Verdienstmöglichkeiten für die Landwirtschaft.

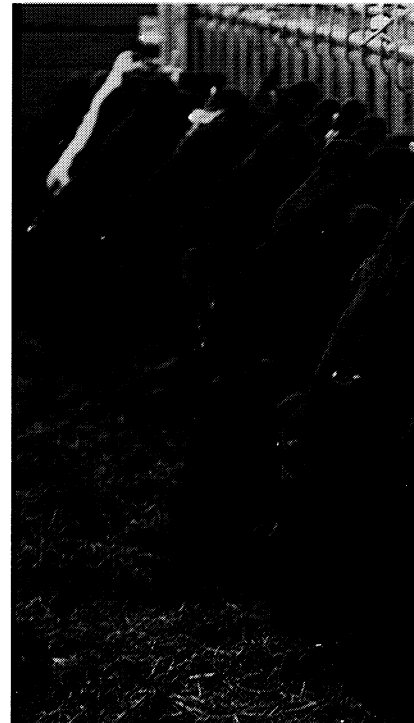
Im aktuellen Wirtschaftsjahr 1998/99 wird der Gewinn im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe voraussichtlich um 2 bis 6 % sinken. Vor allem in den Veredlungsbetrieben wird die Preisentwicklung zu extremen Einkommens-einbrüchen führen.

Landwirte werden zunehmend unter freien Marktbedingungen agieren und entsprechende unternehmerische Managementleistungen erbringen müssen.

Als Strukturbank des Landes wird die Investitionsbank ihren Teil dazu beitragen, um die Entwicklung der Landwirtschaft zu unterstützen:

- die Konzentration der Bewilligung und Bearbeitung der einzelbetrieblichen Förderung in einer Hand im Auftrag der Landesregierung
- die Optimierung der umfangreichen Datenerhebung im Zusammenwirken des Ministeriums und der Ämter für die ländlichen Räume, der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft und der Investitionsbank,
- das Angebot an die Hausbanken zur gemeinsamen Finanzierung zwecks Risikostreuung und Know-how-Transfers
- und das Erarbeiten neuer Finanzierungsmodelle zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume zwecks Arbeitsplatzbeschaffung,

sind Ansätze, die es auszubauen gilt.





*EU-
Aktivitäten*

Überblick

Die Annäherung der osteuropäischen Staaten an die EU und neue Verkehrsprojekte zur Anbindung Skandinaviens sind Zeichen eines sich beschleunigenden europäischen Integrationsprozesses. Für die Wirtschaft und die Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins birgt dies Herausforderungen, die mit Chancen durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum verbunden sind. Mit ihrer breiten Palette von EU-Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen hat sich die Investitionsbank Schleswig-Holstein 1998 weiter auf die wachsende Bedeutung regionaler EU-Aktivitäten eingestellt. Ziel ist es, den Unternehmen und Kommunen bei der Realisierung der Möglichkeiten aus der europäischen Integration Unterstützung zu leisten.

EU-Aktivitäten



EU-Kompetenzzentrum

Das Euro Info Centre hat auch 1998 durch die Bereitstellung von Informationen und Beratungsdienstleistungen speziell kleine und mittlere Unternehmen (KMU) dabei unterstützt, das sich wandelnde Umfeld für sich nutzbar zu machen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Über den gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten herausgegebenen Eurobrief wurden mit einer Auflage von fast 3.000 Exemplaren landesweit und zeitnah anwendungsbezogene Informationen zum Thema EU vermittelt. Die Beratungspalette des Euro Info Centre-Teams reichte von Fragen zur Währungsumstellung auf den Euro bis zur umfassenden Begleitung bei der Antragstellung hinsichtlich verfügbarer EU-Fördermittel. Die Förderung von

grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Kooperationen ist Ziel eines im Mai 1998 angelaufenen EU-Projektes zusammen mit dem Euro Info Centre Aabenraa/Dänemark und regionalen Wirtschaftsförderern der Grenzregion. Zur Beratung und Unterstützung von Interessenten grenzüberschreitender Kooperationen und bei der damit verbundenen gemeinschaftlichen Antragstellung steht für den Zeitraum von drei Jahren ein spezialisierter Berater zur Verfügung.

Seit Juli 1998 ist die Investitionsbank akkreditiertes Finanzinstitut für das EU-Programm „European Community Investment Partners“ (ECIP) zur Förderung von Joint-Ventures in den Entwicklungsländern Asiens, Lateinamerikas, des Mittelmeerraumes und in Südafrika. Über die EU-Programme „Joint European Venture“ (JEV) und „Joint Venture Programm Phare/Tacis“ (JOP) konnte durch die Unterstützung bei der Errichtung von grenzüberschreitenden Gemeinschaftsunternehmen ein wichtiger Beitrag zur Erschließung von Auslandsmärkten, insbesondere in Osteuropa, geleistet werden. Die interessierten Unternehmen sind vorwiegend in Schleswig-Holstein, aber auch in Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt.

Ihre Ansprechpersonen im Euro Info Centre

Erwin Siweris	Tel. (04 31) 9 00-34 99
Annegret Meyer-Kock	Tel. (04 31) 9 00-34 97
Christine Ceulemans	Tel. (04 31) 9 00-32 70
Sylvia Oppermann	Tel. (04 31) 9 00-35 77

Vernetzung im Ostseeraum

Im Februar 1998 nahm die „Baltic Spatial Development Agency“ für die Umsetzung des Interreg II C – Programms in Rostock ihre Arbeit auf. Zur Unterstützung der international besetzten Entscheidungsgremien sowie für die Beratung der Antragsteller hat die Investitionsbank im Auftrag der beteiligten Länder Dänemark, Deutschland, Finnland und Schweden ein gemeinsames Sekretariat (Common Secretariat) eingerichtet und die Funktion des Finanzintermediärs als „Joint Financial Body“ übernommen. Für die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Bereich der Regional- und Raumentwicklung im gesamten Ostseeraum stehen rund 24 Mio. EUR aus dem Europäischen Regionalentwicklungsfonds zur Verfügung. Die Bandbreite der Handlungsfelder reicht von der Modernisie-

rung der Städtesysteme, über die Behebung von Verkehrsengpässen, die Förderung des Fremdenverkehrs, die gemeinsamen Küstenschutzaktivitäten bis hin zum Aufbau von ostseeübergreifenden Netzwerken zum Austausch von Informationen über Umweltschutz und Energie. Ende 1998 waren 38 Projekte bewilligt bzw. befanden sich im engeren Auswahlverfahren.

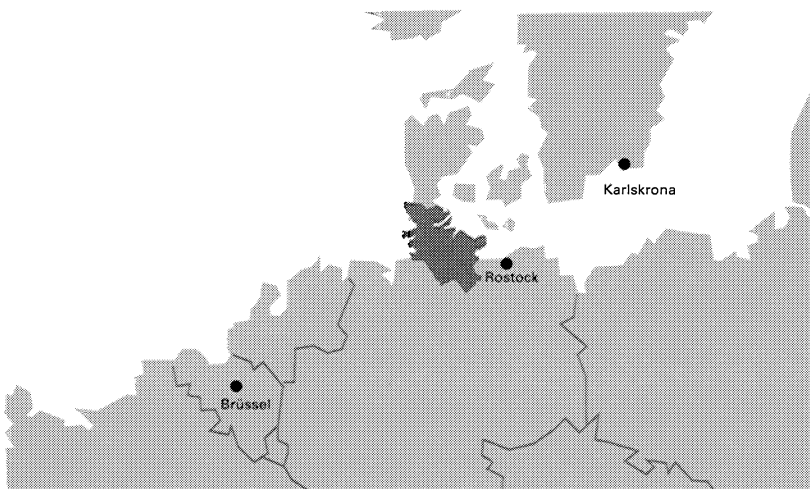
Mit der Durchführung der Beratung und nationalen Betreuung für die Phare/Tacis Cross Border Co-operation Project (CBCPF) Facility nimmt die Investitionsbank seit Anfang 1998 eine weitere wichtige Aufgabe zur Intensivierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit von EU-Mitgliedsstaaten und östlichen Anrainerstaaten im Ostseeraum wahr. Als regionale Zweigstelle unterstützt die Investitionsbank kommunale und regionale Gebietskörperschaften aus der EU und Polen, dem Baltikum und bestimmten Regionen in Rußland, Weißrußland, der Ukraine und Moldawien bei der Projektentwicklung und Antragstellung und sichert die begleitende Evaluierung für Projekte. Gefördert werden Projekte in den Bereichen Institutionsaufbau, lokale Wirtschaftsförderung, Kultur, kommunale Dienstleistungen sowie Umwelt und Energie.

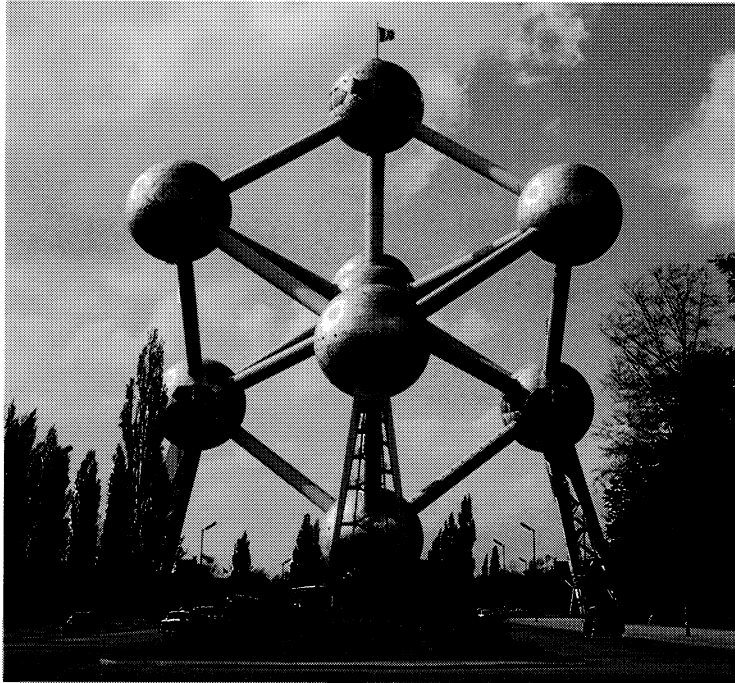
Ihre Ansprechpersonen in Rostock

Susanne Scherrer
Ulrich Adolf
Tel. (0381) 4 54 84-52 81

Ihre Ansprechperson für das EU Programm Phare/Tacis

Stefan Ebeling
Tel. (0431) 9 00-36 88





Kurze Wege nach Brüssel

In Brüssel ist die Investitionsbank seit Oktober 1998 mit einem Verbindungsbüro vertreten. Durch die räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern auf der europäischen Ebene und die enge Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie dem Hanse-Office vor Ort können die Beratungs- und Betreuungsaufträge der Investitionsbank zu europäischen Themen auf der „verlängerten Werkbank“ des Euro Info Centres schnell und effektiv umgesetzt werden. Gleichzeitig trägt der intensive Informationsaustausch mit allen Fachbereichen der Investitionsbank dazu bei, unser EU-Know-how laufend zu aktualisieren und zu erweitern. Als regionales Förderinstitut im Ostseeraum mit Kompetenz in Europafragen beabsichtigt die Investitionsbank, zukünftig weitere Aufgaben und Programme bei europäischen Institutionen zu akquirieren, um die damit verbundenen Fördereffekte für schleswig-holsteinische Unternehmen und Kommunen nutzbar zu machen. Insbesondere diesem Ziel dient die Präsenz der Investitionsbank in Brüssel.

Ihre Ansprechperson in Brüssel

Karen Hoffmann
Tel. +32 2 230 72 24

Informationstechnischer (IT)

Investitionsfonds

Unter Einbindung von Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) entwickelt die Investitionsbank Schleswig-Holstein zinsgünstige Finanzierungsinstrumente als Fondslösungen und macht damit EU-Fördermöglichkeiten auch für die Breitenförderung nutzbar. Entsprechende Aktivitäten der Investitionsbank spiegeln sich in dem Konzept eines Investitionsfonds zur Verbesserung der informationstechnischen (IT) Infrastruktur wider, für dessen Entwicklung Land und Kommunen Anfang 1999 den Startschuß gaben. Mit Hilfe des IT-Investitionsfonds sollen schleswig-holsteinische Kommunen bei der Schaffung einer weitestgehend einheitlichen IT-Infrastruktur unterstützt werden, um die Kommunikations- und Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stärken und das Dienstleistungsangebot für den Bürger transparenter zu gestalten. Kommunen, die sich bei Investitionsentscheidungen an entsprechenden IT-Standards orientieren, kommen in den Genuß zinsgünstiger Darlehen aus gebündelten Fördermitteln der EU-, Bundes- und Landesebene (s. auch Seite 100)

Ihre Ansprechperson für den IT-Investitionsfonds

Dr. Heike Kruse
Tel. (0431) 900-34 55

Fortbildungsförderung

Im dritten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG) konnte die Investitionsbank bereits den 3.500sten Förderbescheid für das sogenannte „Meister-BAföG“ ausstellen. Nachdem 1996 und 1997 die Interessenten in erster Linie die Förderung für Meisterkurse in Anspruch nahmen, stieg 1998 auch die Zahl der Interessenten für weitere Fortbildungsmaßnahmen beispielsweise im Bereich der Fach- und Betriebswirtschaft.



Das Meister-BAföG wird in Form von Zuschüssen des Landes und Darlehen der Deutschen Ausgleichsbank für die Kosten der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren sowie zum Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt. Bisher erhielten schleswig-holsteinische Teilnehmer 7 Mio. DM Zuschüsse. Davon wurden 1,5 Mio. DM vom Land bereitgestellt, das darüber hinaus weitere 1,5 Mio. DM für die Durchführung des Gesetzes aufwendete.

Die Deutsche Ausgleichsbank stellte insgesamt 38 Mio. DM als Darlehen zur Verfügung, über deren Inanspruchnahme der Kunde selbst entscheidet.


In den Beratungszentren der Investitionsbank erhalten Interessenten Informationen und Beratung rund um die Fördermöglichkeiten zum Meister-BAföG.

Ihre Ansprechpersonen

Katja von Dölln Tel. (04 31) 9 00-35 62

Siegfried Erber Tel. (04 31) 9 00-32 38

EXPO 2000



EXPO PROJEKT 2000

SCHLESWIG-HOLSTEIN

EXPO Projekt 2000 hat die Aufgabe, die Präsentation Schleswig-Holsteins auf der Weltausstellung in Hannover und die Aktivitäten im Land selbst vorzubereiten und umzusetzen.

EXPO Projekt 2000 ist in der Investitionsbank angesiedelt.

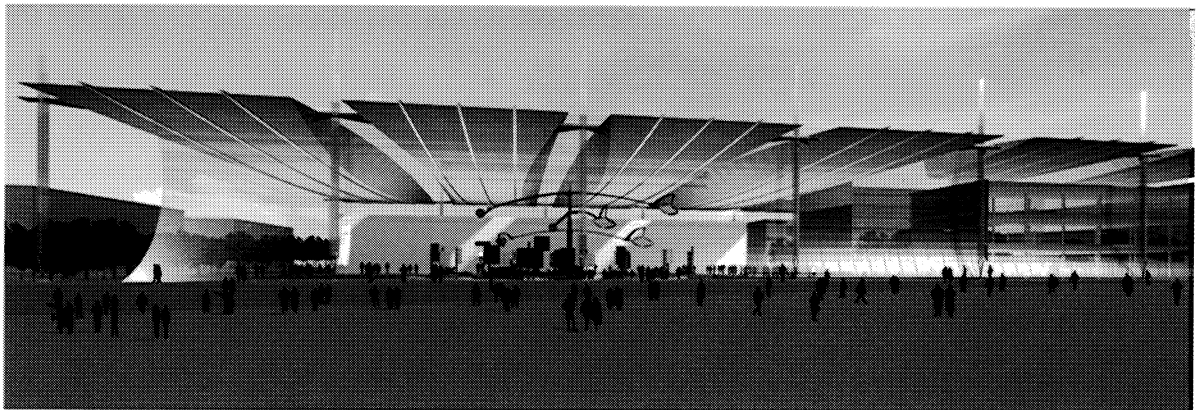
Deutscher Pavillon

Der Deutsche Pavillon wird die Visitenkarte Deutschlands auf der EXPO sein. Er wird Deutschland an der Schwelle in ein neues Jahrhundert präsentieren. Hier werden nicht Produkte, sondern Lösungsansätze für die Probleme des nächsten Jahrhunderts gezeigt. Es werden keine Ergebnisse präsentiert, sondern Entstehungs- und Entwicklungsgeschichten. Im Deutschen Pavillon wird es keine Exponate, sondern Unikate geben, Dinge, die einzigartig sind, und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes stehen.

Schleswig-Holstein ist mit den anderen Ländern, dem Bund und der Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft an der Trägergesellschaft Deutscher Pavillon beteiligt. Am 28. Oktober 1998 fand der erste Spatenstich in Hannover auf dem Weltausstellungsgelände statt.

Der Deutsche Pavillon ist 130 m lang, 90 m breit und 15 m hoch, das Dach hat die Größe von zwei Fußballfeldern. Dem Besucher wird eine Deutschlandreise durch die Gegenwart und in die Zukunft geboten. Bis zu 60.000 Besucher täglich werden erwartet.

Die Glasfassaden schaffen einen Eindruck von ungeahnter Leichtigkeit. Die freie Sicht aus allen Blickrichtungen macht neugierig auf die Präsentation des Gastgeberlandes.



Deutscher Pavillon auf der EXPO 2000

Das Unikat Schleswig-Holsteins auf der EXPO

Schleswig-Holstein wird sich im Deutschen Pavillon mit einem Wikingerschiff präsentieren, zu seiner Zeit ein High-Tech-Produkt. Es steht als Symbol für den technischen Fortschritt, die Brücke zum Norden, das Zusammenwachsen der Ostseeregion, für kulturellen Austausch mit den Nachbarn und die Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Neben dem Show- und Ausstellungsbereich ist ein Kultur- und Veranstaltungsprogramm vorgesehen, das unter Verantwortung der Länder und unter Regie eines Intendanten geplant und durchgeführt wird.

In den Länderwochen wird Musik und Theater, Literatur und bildende Kunst, Kabarett und Kleinkunst, Komödie und Volksmusik präsentiert werden. Politik, Wirtschaft, Tourismus und Gesellschaft können sich in der Länderwoche darstellen.



Weltweite Projekte

Mit dem Netzwerk der Weltweiten Projekte gibt die EXPO 2000 Beispiele dafür, wie konkrete Problemstellungen vor Ort zukunftsweisend und nachhaltig gelöst werden können. 1998 wurden zehn weitere Projekte aus Schleswig-Holstein als EXPO-Vorhaben anerkannt. Die offizielle Registrierung erfolgte am 06.07.1998 durch die Generalkommissarin der Weltausstellung, Birgit Breuel, im Beisein von Ministerpräsidentin Heide Simonis und dem Vorsitzenden der Landesjury, Hans Hansen. Damit ist Schleswig-Holstein durch 17 weltweite Projekte im Rahmen der Weltausstellung vertreten.

Die 1998 anerkannten schleswig-holsteinischen EXPO-Vorhaben sind

- artefact: Energie- und Baukonzepte für umweltgerechte Regionalwirtschaft
- Anästhesiearbeitsplatz der Zukunft
- Die videoskopische Chirurgie in ihren ökologischen und ökonomischen Dimensionen
- Kälteanlage mit „Wasser als Kältemittel“
- Der blaue Ozean – Die Bedeutung der Weltmeere für die Zukunft von Mensch und Natur
- Kulturen, Sprachen, Minderheiten: Die deutsch-dänische Grenzregion Beispiel einer Konfliktlösung
- Chitosan: Von der schleswig-holsteinischen Delikatesse zum umweltverträglichen Industrieprodukt
- Interaktive Sensorik für neue Lebensqualität
- Ökologische Wohnsiedlung Flintenbreite Lübeck
- Pellworm
„Insellösungen – Leben und Arbeiten zwischen Ebbe und Flut“

Weitere Projekte werden 1999 hinzukommen. Alle Projekte werden durch EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein sowie die EXPO 2000 Hannover GmbH einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht und können als Teil der Weltausstellung vor Ort in Schleswig-Holstein besichtigt werden.

EXPO-Info-Bus

EXPO Projekt 2000 wird mit Partnern aus der schleswig-holsteinischen Wirtschaft einen Doppeldeckerbus zum EXPO-Infomobil umbauen. Die Vorbereitungen dazu sind angelaufen. Zielsetzung ist es, in allen Teilen Schleswig-Holsteins präsent zu sein und über die EXPO zu informieren.

Wirtschaft

Die Weltausstellung bietet vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Hierzu fand 1998 eine Informationsveranstaltung der IHK zu Kiel gemeinsam mit der EXPO 2000 Hannover GmbH und EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein statt. Der Wirtschaftsbrief, der seit 1998 von EXPO Projekt 2000 herausgegeben wird, informiert über den Stand der Vorbereitungen der Weltausstellung unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und seiner Betriebe. Unternehmen, die sich an der Weltausstellung beteiligen möchten bzw. an Aufträgen interessiert sind, werden von EXPO Projekt 2000 individuell beraten.

Tourismus

Die Weltausstellung bietet der Tourismus-Wirtschaft die Chance, für Schleswig-Holstein ein zusätzliches Gästepotential zu erschließen. Dies hat das Institut für Tourismus und Bäderforschung in Nordeuropa (N.I.T.) in einem Gutachten herausgestellt, das von EXPO Projekt 2000 in Auftrag gegeben wurde. Zur Koordination der touristischen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Weltausstellung ist beim Tourismusverband die Funktion einer EXPO-Beauftragten installiert worden, für die EXPO Projekt 2000 eine Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt hat.

Inzwischen konnten die ersten Pauschalangebote zum Besuch der Weltweiten Projekte entwickelt und vermarktet werden. DBZugBus ist offizieller Carrier für EXPO Projekt 2000 geworden und wird in diesem Rahmen einen Linienverkehr aus Schleswig-Holstein nach Hannover einrichten.

Imagekonzept

Die Beteiligung Schleswig-Holsteins an dieser Weltausstellung umfassend für ein positives Image des Landes genutzt werden. EXPO Projekt 2000 hat deshalb für die Darstellung Schleswig-Holsteins auf der Weltausstellung im Auftrag des Landes ein Imagekonzept erarbeiten lassen. Ziel des Imagekonzeptes ist, die mit der Weltausstellung verbundenen Chancen zu nutzen, um das Image Schleswig-Holsteins innerhalb und außerhalb des Landes zu verbessern.

Das Imagekonzept wurde gemeinsam mit den Institutionen im Land, die für Dienstleistungen und Produkte aus Schleswig-Holstein werben, entwickelt. EXPO Projekt 2000 und die übrigen Imageakteure des Landes verfügen mit dem erarbeiteten Imagekonzept über eine gute Ausgangsbasis für ein gemeinsames Marketingkonzept, das die „Schleswig-Holstein-Identität“ zukünftig „verkaufen“ soll.

Imagefilm „Schleswig-Holstein – Land der Horizonte“

EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein hat im Jahr 1998 gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes (WSH) den Auftrag zur Produktion eines Imagefilmes mit dem Titel „Schleswig-Holstein – Land der Horizonte“ erteilt.

Dieser Film soll als attraktive Visitenkarte Schleswig-Holsteins bei der Präsentation des Landes auf der EXPO 2000 und für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein werben. Gezeigt werden soll ein qualitativer Querschnitt der Bereiche Wirtschaft und wissenschaftliches Umfeld, Kunst und Kultur, Freizeit, Sport und Erholung sowie der Land- und Ernährungswirtschaft.

Ihre Ansprechperson

Dr. Karl Pröhl
Tel. 04 31/9 00-35 00 Fax 04 31/9 00-35 02
e-mail: expo@expo-sh.de www.expo-sh.de

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Die Gremien und ihre Mitglieder

Beirat

Vorsitzender

Dr. Joachim Lohmann
Staatssekretär im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein
(bis November 1998)

Dr. Hartmut Borchert

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Schleswig-Holsteinischen
Gemeindetages

Vorsitzender

Uwe Döring
Staatssekretär im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein
(seit Dezember 1998)

Brita Brandt

Investitionsbank Schleswig-Holstein
(seit Mai 1998)

Peter Deutschland

Geschäftsführung des DGB-Landes-
bezirks Nordmark
(seit Mai 1998)

Stellvertretender Vorsitzender

Wolf-Rüdiger Janzen
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Kiel

Bernd Diedrichsen

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Stellvertretender Vorsitzender

Knuth Lausen
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Holger Gruhnke

Bürgermeister Wentorf bei Hamburg

Monika Heinold

Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Heinrich Alt

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales des Landes
Schleswig-Holstein
(seit Dezember 1998)

Marianne Janssen

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Dr. Hans-Rüdiger Asche

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Lübeck

Prof. Dr. Halvor Jochimsen

Direktor der Landwirtschaftskammer
Schleswig-Holstein

Henriette Berg

Staatssekretärin im Ministerium für
Umwelt, Natur und Forsten des Landes
Schleswig-Holstein

Dietmar Katzer

Leiter des DAG-Landesverbandes
Schleswig-Holstein und Mecklenburg-
Vorpommern

Harald Bock

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Wolfgang Kubicki

Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Hartmut Lippe
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Schleswig-Holsteinischer Wohnungs-
unternehmen e.V.

Dr. Ursula Müller
Staatssekretärin im Ministerium für
Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städte-
bau des Landes Schleswig-Holstein
(bis Dezember 1998)

Annelore Nassiri
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(seit Mai 1998)

Günter Neugebauer
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Ursula Noak
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Horst Nörenberg
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Jörg Peters
Bankdirektor der Vereins- und Westbank
AG, Kiel

Rüdiger von Plüskow
Staatssekretär im Ministerium für länd-
liche Räume, Landwirtschaft, Ernährung
und Tourismus des Landes Schleswig-
Holstein

Dr. Bernd Rohwer
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein
(seit Dezember 1998)

Karin Roth
Vorsitzende des DGB-Landesbezirks
Nordmark
(bis April 1998)

Dr. Helga Schmid
Staatssekretärin im Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein
(bis November 1998)

Ludolf Schulze-Berge
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Anke Spoorendonk
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Dr. Ralf Stegner
Staatssekretär im Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales des Landes
Schleswig-Holstein
(bis November 1998)

Thomas Stritzl
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Hartmut Wegener
Staatssekretär im Innenministerium des
Landes Schleswig-Holstein

Birgit Wittchen
Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fachausschuß Wirtschaftsförderung

Vorsitzender
Michael Rocca
Ministerium für Wirtschaft, Technologie
und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein

Dietrich Eggers
Bankdirektor Dresdner Bank AG, Kiel

Dietrich Janzen
Syndikus der Industrie- und Handels-
kammer zu Lübeck
Außenstelle Ahrensburg

Peter Kober
Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer zu Lübeck

Klaus Martens
Sparkassendirektor und Vorstandsvor-
sitzender der Kreissparkasse Segeberg

Egon Niebuhr
Bankdirektor Raiffeisenbank
Quickborn eG

Karin Roth
Vorsitzende des DGB-Landesbezirks
Nordmark
(bis April 1998)

Ingemarie Schmidt-Bens
Regierungsverwaltungsdirektorin im
Ministerium für Umwelt, Natur
und Forsten des Landes Schleswig-
Holstein

Norbert Stock
Geschäftsführer der Studien- und
Fördergesellschaft der Schleswig-
Holsteinischen Wirtschaft

Hans-Peter Wetzel
Regierungsdirektor im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein

Kreditausschuß Wirtschaftsförderung

Vorsitzender
Michael Rocca
Ministerium für Wirtschaft, Technologie
und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein

Winfried Berweger
Geschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Flensburg

Dr. Jörn Biel
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer zu
Kiel

Mathias Diener-Sonnenberg
Regierungsverwaltungsrat im Ministe-
rium für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein

Ulrich Gudat
Ministerialdirigent im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein

Bernd Maier-Staud
Ministerium für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Touris-
mus des Landes Schleswig-Holstein

**Fachausschuß Wohnungs- und Städte-
bauförderung**

Vorsitzende

Dr. Ursula Müller
Staatssekretärin im Ministerium für
Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städte-
bau des Landes_Schleswig-Holstein
(bis Dezember 1998)

Julius Ehlers
Architekten- und Ingenieurkammer
Schleswig-Holstein

Rolf Greve
Vorsitzender des Verbandes Schleswig-
Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und
Grundeigentümer e.V.

Dr. Ing. Eckart Güldenber
Ministerium für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau des Landes
Schleswig-Holstein

Uwe Jes Hansen
Bürgermeister der Stadt Plön
(bis Dezember 1998)

Philipp Heuchert
Ehrevorsitzender des Landesverbandes
Freier Wohnungsunternehmen, HH/S-H/
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Christian Holstein
Hauptgeschäftsführer des Baugewerbe-
verbandes Schleswig-Holstein e.V.

Ulrich Klempin
Vorsitzender des Deutschen Mieter-
bundes Landesverband Schleswig-
Holstein e.V.

Hartmut Lippe
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Schleswig-Holsteinischer Wohnungs-
unternehmen e.V.

Helmut Loose
Vorsitzender des Deutschen Siedler-
bundes, Landesverband Schleswig-
Holstein e.V.

Gerd Münchow
Hauptgeschäftsführer der LEG

Gerald Seher
Hauptgeschäftsführer des
Bauindustrieverbandes Schleswig-
Holstein e.V.

Dieter Selk
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
für zeitgemäßes Bauen e.V.

Geschäftsleitung

Peter Rieck
(bis April 1998)

Dr. Rüdiger Kalinski
(seit Mai 1998)

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1998

				Aktiva		
				TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				146.260		112.747
b) andere Forderungen				8.514		7.770
—					154.774	120.517
2. Forderungen an Kunden					7.092.325	6.857.439
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert				TDM 27.223		(Vorjahr TDM 29.727)
Kommunalkredite				TDM 395.911		(Vorjahr TDM 318.140)
durch Schiffspfandrechte gesichert				TDM 59		(Vorjahr TDM 143)
3. Beteiligungen					5.875	5.630
4. Anteile an verbundenen Unternehmen					10.500	10.500
5. Treuhandvermögen						
a) anderes Treuhandvermögen				2.490.516		2.488.676
darunter:					2.490.516	2.488.676
Treuhandkredite				TDM 2.473.001		(Vorjahr TDM 2.459.609)
6. Sachanlagen					18.576	18.193
7. Sonstige Vermögensgegenstände					5.846	6.758
8. Rechnungsabgrenzungsposten					206	315
Summe der Aktiva					9.778.615	9.508.028

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1998

	TDM	TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	184.332			171.780
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	0			71
		184.332		
2. Zinsaufwendungen		125.523		112.448
—			58.809	59.403
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen		154		524
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0		0
			154	524
4. Provisionserträge		10.736		12.050
5. Provisionsaufwendungen		789		658
			9.947	11.392
6. Sonstige betriebliche Erträge			26.115	23.807
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	23.121			24.411
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter:	7.407			7.878
für Altersversorgung	TDM 3.178	30.528		
(Vorjahr TDM 0)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		26.255		24.895
			56.783	57.184
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.392	1.938
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			3.112	2.831
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	10.792
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			34.002	0
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			66.740	22.381

	TDM	TDM	TDM	Vorjahr TDM
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			60	175
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			329	45
14. Jahresüberschuß			66.351	22.161
15. Entnahme aus den Gewinnrücklagen			0	387
16. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			18.850	19.042
17. Bilanzgewinn			47.501	3.506

Anhang Investitionsbank

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (IB), ist der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, als organisatorisch und wirtschaftlich selbständiger aber rechtlich unselbständiger Zentralbereich angegliedert.

Die Investitionsbank unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Sie bietet ihre Dienstleistungen in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt und Energie, Kommunalförderung und Städtebau, Agrarförderung sowie im Projektmanagement wettbewerbsneutral an.

Zusätzlich ist sie wesentlich im Treuhandgeschäft für öffentliche Stellen tätig. Die Investitionsbank ist außerdem zuständige Stelle für die Erhebung der Ausgleichszahlungen im Rahmen des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen.

Für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank haftet aufgrund des Investitionsbankgesetzes das Land Schleswig-Holstein.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluß der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Aktiv- und Passivwerte sowie Aufwendungen und Erträge der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) sind auch in den entsprechenden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank konsolidiert ausgewiesen, soweit nicht gesonderte Posten bestehen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften mit einem Zinssatz von 6 % bewertet. Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung. Der Anpassungsbetrag, der sich aus dem Übergang auf die in 1998 veröffentlichten Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck ergibt, wurde den Rückstellungen in 1998 zu einem Viertel zugeführt.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar. Für die ab 1995 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anforderung zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Bei der Investitionsbank bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva jeweils zum 31.12.

		1998 Mio. DM	1997 Mio. DM
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen enthalten:	3,0	0,8
Verbundene Unternehmen	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	35,6	28,2
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	329,2	370,6
Nachrangige Forderungen	Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in:		
	- Forderungen an Kunden	7,3	5,5
Angabe zu der Wertpapierposition	Im Bestand befindliche Wertpapiere sind folgendermaßen zuzuordnen:		
	- von anderen Emittenten	-	-
	darunter:		
	- börsenfähige und börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	-	-
Treuhandvermögen	Das Treuhandvermögen betrifft:		
	- Forderungen an Kreditinstitute		
	- täglich fällig	8,1	22,5
	- andere Forderungen	28,5	5,3
	- Forderungen an Kunden	2.453,9	2.460,9
	- Anleihen und Schuldverschreibungen		
	- von öffentlichen Emittenten	-	-
	- von anderen Emittenten	-	-
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis sind enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	0,1	0,2

Fortsetzung der Angaben zur Bilanzaktiva

		1998	1997
		Mio. DM	Mio. DM
Aufgliederung nach Restlaufzeiten	Die Bilanzaktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
	- Forderungen an Kreditinstitute		
	- weniger als 3 Monate	0,1	—
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	—	—
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2,9	—
	- mehr als 5 Jahre	5,5	—
	- Forderungen an Kunden		
	- weniger als 3 Monate	60,4	—
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	10,2	—
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	440,0	—
	- mehr als 5 Jahre	6.581,6	—
	- darunter mit unbestimmter Laufzeit	79,9	—
Kredite an Mitglieder der Organe	In den Forderungen an Kunden sind Organkredite an den Verwaltungsrat enthalten:	0,4	0,2

Anlagespiegel

	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	darunter: eigengenutzte Gr. u. Geb.
	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM
Anschaffungskosten	5,6	18,2	17,5	14,6	14,6
Zugänge	0,3	—	2,7	0,1	—
Abgänge	—	—	0,4	—	—
Zuschreibungen	—	—	—	—	—
Abschreibungen, kumuliert	—	7,7	15,3	0,6	0,6
Abschreibungen, lfd. Jahr	—	—	1,8	0,3	0,3
Buchwert zum 31.12.1998	5,9	10,5	4,4	14,1	14,0

Angaben zu Bilanzpassiva jeweils zum 31.12.

		1998 Mio. DM	1997 Mio. DM
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist folgender Betrag enthalten:	–	–
Treuhandverbindlichkeiten	Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	- täglich fällig	4,6	5,0
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	231,9	201,1
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- täglich fällig	28,1	28,2
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.225,9	2.254,4
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis sind enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	30,0	7,6
	- aus Forderungsankauf zum Barwert	119,1	127,8
	- aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	24,9	10,8
Eventualverbindlichkeiten	Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften	456,5	506,0
Aufgliederung nach Restlaufzeiten	Die Bilanzpassiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	- weniger als 3 Monate	35,7	–
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	269,1	–
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	677,0	–
	- mehr als 5 Jahre	1.153,4	–
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- weniger als 3 Monate	0,5	–
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	0,1	–
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	15,5	–
	- mehr als 5 Jahre	0,8	–
Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten	- Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln		
	- weniger als 3 Monate	22,2	–
	- 3 Monate bis zu 1 Jahr	17,3	–
	- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	140,0	–
	- mehr als 5 Jahre	876,0	–

Sonstige Angaben zum Geschäftsjahr

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	184	131	315	333
davon Teilzeitbeschäftigte	57	1	58	62

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

	Eigenkapital¹⁾ in Mio. DM	Anteil am Kapital in v. H.	Ergebnis in Mio. DM²⁾
Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	23,0	51,22	0,8
Immobilienverwaltungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	10,9	40,00	0,3
Kiel Hörn Vermarktungsgesellschaft mbH, Kiel	0,6	24,50	–

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Ergebnis des Vorjahres

Organe der Landesbank Schleswig-Holstein

Gewährträgersversammlung

Vorsitzende

Heide Simonis
Ministerpräsidentin des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Vom Sparkassen- und Giroverband für
Schleswig-Holstein entsandte Vertreter
gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Geerd Bellmann

Landrat des Kreises Rendsburg-
Eckernförde, Rendsburg

Rudolf Konegen

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Elmshorn, Elmshorn

1. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. h. c. Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender der Westdeut-
schen Landesbank Girozentrale,
Düsseldorf

Von der Westdeutschen Landesbank
Girozentrale entsandte Vertreter gem.
§ 8 Abs. 2 der Satzung

2. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. Jürgen Miethke
Präsident des Sparkassen- und Girover-
bandes für Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
stellv. Vorstandsvorsitzender der West-
deutschen Landesbank Girozentrale,
Münster

3. Vertreter der Vorsitzenden

Josef Schmidt
Präsident des Badischen Sparkassen-
und Giroverbandes, Mannheim

Vom Land Schleswig-Holstein entsandte
Vertreter gem. § 8 Abs. 2 der Satzung

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident des Rheinischen Sparkassen-
und Giroverbandes, Düsseldorf

Horst Günter Bülck
Minister für Wirtschaft, Technologie und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein,
Kiel
(seit 1. Dezember 1998)

Von der Landesbank Baden-
Württemberg entsandter Vertreter gem.
§ 8 Abs. 2 der Satzung

Claus Möller
Minister für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Karin Roth
Vorsitzende des DGB Landesbezirks,
Nordmark, Hamburg
(bis 31. März 1998)

Dr. Helga Schmid
Staatssekretärin im Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 28. Oktober 1998)

Heinrich Haasis
Präsident des Württembergischen
Sparkassen- und Giroverbandes,
Stuttgart
(seit 1. April 1998)

Verwaltungsrat**Vorsitzende**

Heide Simonis
Ministerpräsidentin des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung
Klaus Gärtner
Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. h. c. Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender der Westdeut-
schen Landesbank Girozentrale,
Düsseldorf

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung
Dr. Adolf Franke
Vorstandsmitglied der Westdeutschen
Landesbank Girozentrale, Düsseldorf

2. Vertreter der Vorsitzenden

Dr. Jürgen Miethke
Präsident des Sparkassen- und Girover-
bandes für Schleswig-Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung
Wolfgang Stut
Verbandsgeschäftsführer des Sparkassen-
und Giroverbandes für Schleswig-
Holstein, Kiel

3. Vertreter der Vorsitzenden

Josef Schmidt
Präsident des Badischen Sparkassen-
und Giroverbandes, Mannheim

Vertreter gem. § 11 Abs. 3 der Satzung
Gerd Wolf
Vorstandsmitglied der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart
(bis 30. Juni 1998)

Heinrich Haasis
Präsident des Württembergischen Spar-
kassen- und Giroverbandes, Stuttgart
(seit 1. Juli 1998)

**Vom Land Schleswig-Holstein entsandte
Mitglieder**

Horst Günter Bülck
Minister für Wirtschaft, Technologie und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein,
Kiel
(seit 1. Dezember 1998)

Peter Deutschland
Vorsitzender des DGB Landesbezirks
Nord, Hamburg
(seit 1. Juli 1998)

Uwe Döring
Staatssekretär im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel
(seit 1. Dezember 1998)

Dr. Joachim Lohmann
Staatssekretär im Ministerium für
Finanzen und Energie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 30. November 1998)

Claus Möller
Minister für Finanzen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Helga Schmid
Staatssekretärin im Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 28. Oktober 1998)

Vom Sparkassen- und Giroverband für
Schleswig-Holstein entsandte Mitglieder

Geerd Bellmann
Landrat des Kreises Rendsburg-
Eckernförde, Rendsburg

Günter Anders
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Schleswig-Flensburg, Schleswig

Olaf Cord Dielewicz
Oberbürgermeister der Stadt Flensburg,
Flensburg

Rudolf Konegen
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Elmshorn, Elmshorn

Vom Land Schleswig-Holstein und
Sparkassen- und Giroverband für
Schleswig-Holstein gemeinsam ent-
sandtes Mitglied

Dr. Hans Lukas
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Stormarn, Bad Oldesloe

Von der Landesbank Baden-
Württemberg entsandtes Mitglied

Werner Schmidt
Vorstandsvorsitzender der
Südwestdeutschen Landesbank,
Stuttgart

Von der Westdeutschen Landesbank
Girozentrale entsandte Mitglieder

Theo Dräger
Vorstandsvorsitzender der Drägerwerke
AG, Lübeck

Hans-Peter Krämer
Vorstandsvorsitzender der Kreisspar-
kasse Köln, Köln

Dr. Klaus Murmann
Vorstandsvorsitzender der Sauer-
Sundstrand-Gruppe, Neumünster,
Ames/Iowa
(bis 30. Juni 1998)

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel
Finanzsenatorin der Freien und
Hansestadt Hamburg, Hamburg
(seit 1. Juli 1998)

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
stellv. Vorstandsvorsitzender
Westdeutschen Landesbank
Girozentrale, Münster

Dr. Dietrich Schulz
früher: Vorstandsvorsitzender der
L. Possehl & Co. mbH, Lübeck
(bis 30. Juni 1998)

Dr. Fritz Süverkrüp
Präsident der Industrie- und Handels-
kammer zu Kiel, Kiel

Jorma Juhani Vaajoki
President und CEO der Metsä-Sula
Corporation, Espoo, Finnland
(seit 1. Dezember 1998)

Vorstand

**Von den Betriebsangehörigen gewählte
Mitglieder**

Astrid Balduin, Kiel
(seit 1. Juli 1998)

Katarina Blanking, Kopenhagen
(seit 1. Juli 1998)

Wolfgang Delfs
Generalbevollmächtigter, Kiel
(bis 30. Juni 1998)

Kirsten Ehlers-Hain, Kiel
(bis 30. Juni 1998)

Waltraud Fuhrmann, Prokuristin, Kiel

Guenther Gerson, Bankdirektor, Kiel
(bis 30. Juni 1998)

Susanne Glassner, Kiel
(bis 30. Juni 1998)

Helmut Gründel, Kiel
(seit 1. Juli 1998)

Ditmar Höret, Kiel

Jochen Kröger, Syndikus, Kiel

Knuth Lausen, Kiel

Karl-Heinz Ravn, Prokurist, Kiel

Michael Schmalz, Kiel
(seit 1. Juli 1998)

Bettina Scholtys, Kiel

Gaby Woelk-Hens, Kiel
(seit 1. Juli 1998)

Dr. Dietrich Rümker
Vorsitzender des Vorstandes

Hans Berger
stellv. Vorsitzender des Vorstandes

Peter Pahlke

Dieter Pfisterer

Ernst Schröder

**Geschäftsleitung der
Investitionsbank**

Peter Rieck
Sprecher der Geschäftsleitung
(bis 30. April 1998)

Dr. Rüdiger Kalinski
Sprecher der Geschäftsleitung
(seit 1. Mai 1998)

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave

Kiel, den 31. März 1999

Landesbank Schleswig-Holstein,
Girozentrale

Bestätigungsvermerk

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investitionsbank Schleswig-Holstein Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.

Kiel, den 08. April 1999

Wollert-Elmendorff
Deutsche Industrie-Treuhand GmbH,
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Göttgens

Wirtschaftsprüfer

Reker

Wirtschaftsprüfer

Organisationsübersicht

Landesbank Schleswig-Holstein		
Dr. Dietrich Rümker, Dezernent · Ernst Schröder, Co-Dezernent		
Investitionsbank Geschäftsleitung	Investitionsbank Geschäftsleitung	Investitionsbank Geschäftsleitung
Peter Rieck (bis 30. April 1998) Dr. Rüdiger Kalinski (seit 01. Mai 1998) Tel. (04 31) 9 00-32 01	Dr. Heinz Engelhaupt Tel. (04 31) 9 00-32 11	Dr. Klaus Rave Tel. (04 31) 9 00-32 13
Stab	Wohnungsbau I	Umwelt und Energie
Dr. Reinhard Schmid Tel. (04 31) 9 00-32 14	Thomas Clausen Tel. (04 31) 9 00-32 20	Dr. Jobst Klien Tel. (04 31) 9 00-36 50
Portfoliomanagement Immobilien	Wohnungsbau II	Agrarförderung
Henrik Harms Tel. (04 31) 9 00-32 73	Klaus-H. Volkmann Tel. (04 31) 9 00-35 21	Ludolf Schulze-Berge Tel. (04 31) 9 00-33 31
Wirtschaftsförderung Förderberatung	Buchhaltung	Kommunalförderung und Städtebau
Dr. Kurt Puls Tel. (04 31) 9 00-33 67	Dieter Präkelt Tel. (04 31) 9 00-36 10	Dr. Joachim Keck Tel. (04 31) 9 00-35 26
Wirtschaftsförderung Kredite/ Förderprogramme		EU-Förderung/ Euro Info Centre
Harald Bock Tel. (04 31) 9 00-33 21		Dr. Heike Kruse Tel. (04 31) 9 00-34 45
		INTERREG IIc-Projekt – Finanzinstitut Ulrich Adolf Tel. (03 81) 4 54 84 52 86 – Gemeinsames Sekretariat Susanne Scherrer Tel. (03 81) 4 54 84 52 83
		Euro Info Centre Tel. (04 31) 9 00-34 99
		Büro Brüssel Karen Hoffmann Tel. (00 32-22 30 72 24)
		EXPO Projekt 2000 Dr. Karl Pröhl Tel. (04 31) 9 00-35 00 Axel Barkow Tel. (04 31) 9 00-34 30

Förderprogramme im Überblick

Unternehmen

Beratung

- Förderlotse
- Beratungsstelle für Existenzgründerinnen
- Euro Info Centre

EU-akkreditiertes Finanzinstitut

- JOP (Joint-Ventures in Mittel- und Osteuropa)
- JEV (Joint-Ventures innerhalb der EU)
- ECIP (Joint-Ventures in Entwicklungsländern)

Förderprogramm

- Investitionszuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Kredite

- Nachrangige Investitionsdarlehen
- Kreditaufträge
- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen
- Härtefondsdarlehen
- Existenzgründerinnenprogramm
- Starthilfe für Existenzgründungen

MBG-Beteiligungen

- Existenzgründungsoffensive der Wagniskapitalförderung (EGO)
- ERP-Beteiligungsprogramm der KfW
- Wagniskapitalförderung (WKF)
- KfW/BMBF-Technologie-Beteiligungsprogramm
- KfW-Risikokapitalprogramm der KfW

Wohnungsbau

Mietwohnungen

- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung für
 - Neu-, Aus- und Umbau sowie Erweiterung von Mietwohnungen
 - Modernisierung von Wohnraum
 - Erwerb von Bezugsrechten

Privates Wohneigentum

- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung Stufe 1 und Stufe 2 für Neu-, Ausbau und Erweiterung von Familienheimen
- Baudarlehen in der Vereinbarten Förderung für Hausankäufe
- Vergabe von Bürgschaften
- Darlehen zum Erhalt von Eigenheimen kinderreicher Familien
- Zuschüsse für den Bau und Kauf von Landarbeiterwohnungen

Ergänzende Finanzierungsprodukte für den Bau und Kauf privaten Wohneigentums

- Nachrangige Baudarlehen der Investitionsbank
- Finanzwirtschaftliche Baubetreuung
- Vorfinanzierung/ Kapitalisierung der Eigenheimzulage
- Tandem 15
- Tandem Plus

Kommunen

Stadt- und Dorferneuerung

- Bund/Land-Programm Städtebauförderung
- Landesprogramm Städtebauförderung 1998-2002

Modernisierung historisch wertvoller Wohngebäude

- Darlehen für Modernisierung privaten Eigentums

Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

- Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds

Kindergartenplätze

- Darlehen aus dem Kindergartenfonds

Krankenhausfinanzierung

- Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen und -Einrichtungen

Landschaftsplanung

- Zuschüsse zur Förderung von Landschaftsplänen

Umwelt und Energie

Energieeinsparung

- Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Rationelle Energienutzung

- Kraft-Wärme-Kopplung/Nah- und Fernwärmeausbau

Erneuerbare Energie

- Solarthermie – Breitenprogramm
- Solarthermie (Pilot- und Demonstrationsanlagen)
- Photovoltaik – Solaranlagen
- Windenergie (Pilot- und Demonstrationsanlagen)
- Biomasse (Pilot- und Demonstrationsvorhaben)

Umweltschonende Maßnahmen

- Ökotechnische und ökonomische Vorhaben
- Demonstrationsvorhaben zum Umweltaudit
- Sparsame und rationelle Grundwasserverwendung in Gewerbe und Industrie
- Sparsame und rationelle Grundwasserverwendung, Regenwassernutzung in privaten Haushalten

Investitionsbank Schleswig-Holstein

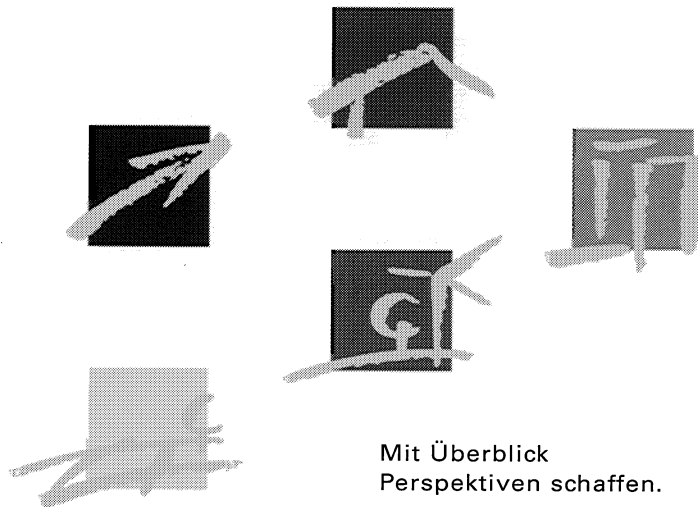
Postfach 1128, 24100 Kiel

Fleethörn 29-31, 24103 Kiel

Tel. (04 31) 9 00-03, Fax (04 31) 9 00-33 83, e-mail: info@ibank-sh.de

Herausgegeben von der Pressestelle der Investitionsbank,
Kommunikation/Marketing, Birgit Pohl, Tel. (04 31) 9 00-34 48

Dieser Geschäftsbericht liegt auszugsweise auch in englischer Sprache vor.



Investitionsbank

Dr. Rüdiger Kalinski
Tel. (04 31) 900-32 01/-32 02, Fax (04 31) 900-33 00

Tel. (04

Stab

Dr. Reinhard Schmid
Tel. (04 31) 900-32 14
Fax (04 31) 900-33 00

Portfoliomanagement Immobilien

Henrik Harms
Tel. (04 31) 900-32 73
Fax (04 31) 900-32 81

Wirtschaftsförderung

Harald Bock
Tel. (04 31) 900-33 21
Fax (04 31) 900-32 55

Förderberatung Wirtschaft

Dr. Kurt Puls
Tel. (04 31) 900-33 67
Fax (04 31) 900-32 07

Buchhaltung IB

Dieter Präkelt
Tel. (04 31) 900-36 10
Fax (04 31) 900-36 12

Liquiditäts- management

Dieter Wellendorf
Tel. (04 31) 900-35 61
Fax (04 31) 900-34 30

Kredite Nord

Klaus Siegmund
Tel. (04 31) 900-34 75
Fax (04 31) 900-32 55

Förderlotsen

Tel. (04 31) 900-33 68
Fax (04 31) 900-32 07

Wobau-darlehen Einzeldarlehensneh.

Annelore Nassiri
Tel. (04 31) 900-36 28
Fax (04 31) 900-36 12

Controlling IB

Axel Barkow
Tel. (04 31) 900-34 50
Fax (04 31) 900-34 30

Kredite Mitte

Ulrike Kiehne
Tel. (04 31) 900-33 20
Fax (04 31) 900-32 55

Existengründerinnen- beratung

Tel. (04 31) 900-33 63
Tel. (04 31) 900-33 64
Fax (04 31) 900-32 07

Wobau-darlehen Unternehmen

Elke Kanehl
Tel. (04 31) 900-36 25
Fax (04 31) 900-36 12

Kommunikation/ Marketing

Birgit Pohl
Tel. (04 31) 900-34 48
Fax (04 31) 900-33 44

Kredite Süd/ Förderprogramme

Uwe Thomsen
Tel. (04 31) 900-33 23
Fax (04 31) 900-32 55

Passivkonten, Gewerbl. Darlehen

Dieter Jaensch
Tel. (04 31) 900-36 24
Fax (04 31) 900-36 12

BZ Flensburg

Manfred Morwinski
Tel. (04 61) 1 44 86-0
Fax (04 61) 1 44 86-22

BZ Norderstedt

Walter Muntz
Tel. (040) 52 68 30-0
Fax (040) 52 68 30-15

BZ Kiel

Silke Jahn
Tel. (04 31) 900-34 85
Fax (04 31) 900-35 30

BZ Lübeck

Horst Nörenberg
Tel. (04 51) 7 99 86-0
Fax (04 51) 7 99 86-25

Projektmanagement

Rolf Jensen
Tel. (04 31) 900-35 60
Werner Kaessens
Tel. (04 31) 900-34 65
Jürgen Meereis
Tel. (04 31) 900-35 45
Fax (04 31) 900-33 96

Personalrat

Knuth Lausen
Tel. (04 31) 900-33 25
Fax (04 31) 900-33 74

Gleichstellungs- beauftragte

Constanze Gebhardt
Tel. (04 31) 900-35 63
Fax (04 31) 900-32 81

Dr. Heinz Engelhaupt

31) 9 00-32 11/-32 12, Fax (04 31) 9 00-33 00

Dr. Klaus Rave

Tel. (04 31) 9 00-32 13/-32 40, Fax (04 31) 9 00-33 00

Wohnungsbau I

Thomas Clausen
Tel. (04 31) 9 00-32 20
Fax (04 31) 9 00-35 64

Kredite 1 (Mitte)

Gerhard Hoffmann
Tel. (04 31) 9 00-32 39
Fax (04 31) 9 00-35 64

Kredite 2 (Süd)

Ernst-A. Rinnbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 18
Fax (04 31) 9 00-35 64

Kredite 4 (Ost)

Björn Loose
Tel. (04 31) 9 00-35 49
Fax (04 31) 9 00-35 64

Kredite 5 (Nord/West)

Imme Rebien
Tel. (04 31) 9 00-34 92
Fax (04 31) 9 00-35 64

Grundsatzfragen

Wiebke Grotkopp
Tel. (04 31) 9 00-32 56
Rüdiger Schulze
Tel. (04 31) 9 00-32 06
Fax (04 31) 9 00-35 64

Verwertung

Michael Mertens
Tel. (04 31) 9 00-32 94
Dieter Buske
Tel. (04 31) 9 00-32 45
Patricia Friedrichs
Tel. (04 31) 9 00-34 06
Fax (04 31) 9 00-35 64

Wohnungsbau II

Klaus-H. Volkmann
Tel. (04 31) 9 00-35 21
Fax (04 31) 9 00-33 53

Subventionsabbau 1

Olaf Lüders
Tel. (04 31) 9 00-33 07
Fax (04 31) 9 00-33 53

Subventionsabbau 2 Meister-Bafög

Katja von Dölln
Tel. (04 31) 9 00-35 62
Siegfried Erber
Tel. (04 31) 9 00-32 38
Fax (04 31) 9 00-33 53

Registratur

Dieter Engel
Tel. (04 31) 9 00-32 53
Fax (04 31) 9 00-33 83

BTV, Empfang

Gisela Wersig
Tel. (04 31) 9 00-35 18
Fax (04 31) 9 00-33 83

Back-office BZ

Monika Schütz
Tel. (04 31) 9 00-32 64
Christine Tomasek
Tel. (04 31) 9 00-33 06
Fax (04 31) 9 00-33 53

Umwelt- und Energieförderung

Dr. Jobst Kliefen
Tel. (04 31) 9 00-36 50
Fax (04 31) 9 00-36 53

Förderprogramm- betreuung

NN
Tel. (04 31) 9 00-36 69
Fax (04 31) 9 00-36 53

Energieagentur Beratung und Dienstleistungen

Johann
Eimannsberger
Tel. (04 31) 9 00-36 60
Fax (04 31) 9 00-36 52

Kommunalförderung und Städtebau

Dr. Joachim Keck
Tel. (04 31) 9 00-35 26
Fax (04 31) 9 00-32 41

Investitionsfonds, Städtebau- und Denkmalförderung

Erwin Christiansen
Tel. (04 31) 9 00-32 34
Fax (04 31) 9 00-32 41

Produktservice Planen u. Sanieren

Klaus Holm
Tel. (04 31) 9 00-33 86
Fax (04 31) 9 00-32 41

EU-Förderung/ Euro Info Centre

Dr. Heike Kruse
Tel. (04 31) 9 00-34 45
Fax (04 31) 9 00-32 07

INTERREG II C-Projekt

- Finanzinstitut
Ulrich Adolf
Tel. (03 81) 4 54 84 52 86
Fax (03 81) 4 54 84 52 82
- Gemeinsames
Sekretariat
Susanne Scherrer
Tel. (03 81) 4 54 84 52 83
Fax (03 81) 4 54 84 52 82

Euro Info Centre

Tel. (04 31) 9 00-34 99
Fax (04 31) 9 00-32 07

Büro Brüssel

Karen Hoffmann
Tel. 0032-22 30 72 24
Fax 0032-22 30 96 69

EXPO Projekt 2000

Dr. Karl Pröhl
Tel. (04 31) 9 00-35 00
Fax (04 31) 9 00-35 02
Axel Barkow
Tel. (04 31) 9 00-34 50
Fax (04 31) 9 00-34 30

Agrarförderung

Ludolf Schulze-Berge
Tel. (04 31) 9 00-33 31
Fax (04 31) 9 00-35 29

Förderprogramme Kredite

Dieter Zingler
Tel. (04 31) 9 00-32 75
Fax (04 31) 9 00-35 29

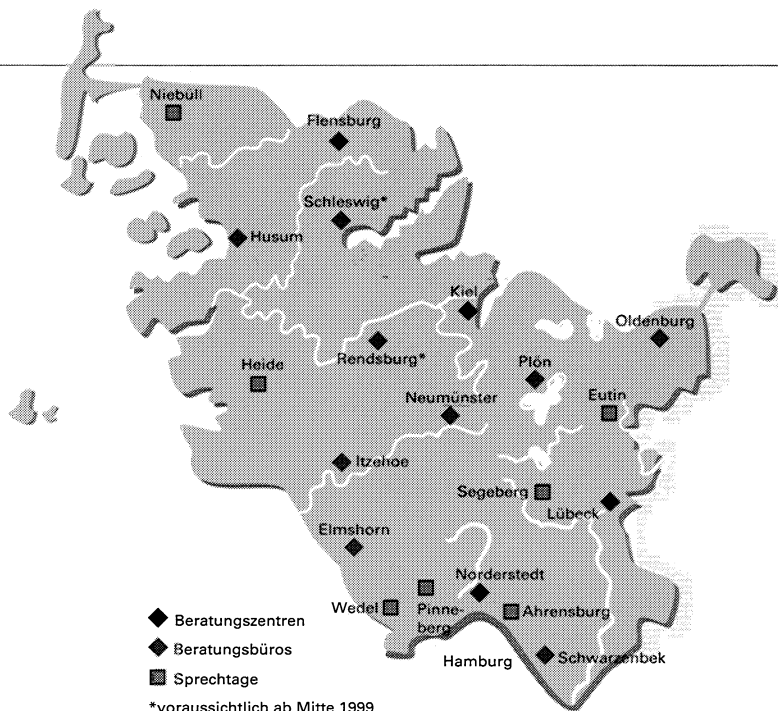
Treuhandstelle für Agrarkredite

Hans-Christian
Hammerich
Tel. (04 31) 9 00-33 47
Fax (04 31) 9 00-35 29



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29-31
24103 Kiel
Tel. (04 31) 9 00-03
Fax (04 31) 9 00-33 83
e-mail: info@ibank-sh.de
<http://www.ibank-sh.de>



Die Investitionsbank Schleswig-Holstein vor Ort

Beratungszentren

Beratungszentrum Flensburg
Am Pferdewasser 6, Tel. (04 61) 1 44 86-0

Beratungszentrum Kiel
Fleethörn 29-31, Tel. (04 31) 9 00 33 33

Beratungszentrum Lübeck
Herman-Lange-Str. 1, Tel. (04 51) 79 98 60

Beratungszentrum Norderstedt
Rathausallee 70, Tel. (0 40) 5 26 83 00

Beratungsbüros

Beratungsbüro Elmshorn
Ramskamp 71-75
Tel. (0 41 21) 47 15 51

Beratungsbüro Husum
Großstr. 16, Stadtpassage,
Tel. (0 48 41) 87 20 03

Beratungsbüro Itzehoe
Viktoriastr. 23, Tel. (0 48 21) 67 77 58 51

Beratungsbüro Neumünster
Großflecken 26, Tel. (0 43 21) 48 88 30

Beratungsbüro Oldenburg
Schuhstr. 18 A, Tel. (0 43 61) 50 96 32

Beratungsbüro Plön
Markt 15, Tel. (0 45 22) 50 02 72

Beratungsbüro Schwarzenbek
Meiereistr. 3, Tel. (0 41 51) 89 43 9

Beratungsbüro Schleswig
Beratungsbüro Rendsburg
(ab Mitte 1999)

